

700 Regionen.

Europa neu gedacht

Reformation oder Revolution?

Ein Manifest für eine neue Struktur
des Lebens in der Gemeinschaft,
der Menschlichkeit, des Miteinander
und des füreinander Daseins in Europa

Johannes Paul Martin Zimmer

20. März 2026

VORWORT

Mit der Industriellen Revolution in England vor rund 250 Jahren haben sich die wirtschaftliche Ordnung der Welt und die sozialen Verhältnisse der Menschheit grundlegend geändert. Tiefgreifend und dauerhaft. Seit damals werden die Reichen noch immer reicher. Die Armen werden nicht mehr ärmer, sie bleiben einfach arm, werden aber systematisch ausgebeutet.

Adam Smith hat 1776 den „Wohlstand der Nationen“ ausgerufen in der Hoffnung, dass freier Handel die Menschen freier und gemeinsam wohlhabender werden lassen wird. Das Gegenteil ist eingetreten, die große Mehrheit der Menschen wurde noch mehr als unter den Fürsten, Königen und Kaisern davor, zu Befehlsempfängern und Arbeitsmaschinen. Sie wurden und sind moderne Sklaven des Handels, der Industrie und des Konsumwahnsinns.

Angesichts der enormen Leiden der Arbeiterklasse dieser freien Wirtschaft hat Karl Marx 1848 eine klassenlose, kommunistische Gesellschaft konzipiert, und gemeinsam mit Friedrich Engels das „Manifest der Kommunistischen Partei“ verfasst. Alle kommunistischen Regime, die auf diesen Konzepten entstanden, wurden jedoch autokratische Ein-Parteien-Diktaturen.

Können wir aus diesen zwei großen Fehlentwicklungen, die bis heute die Weltwirtschaft und die Gesellschaft prägen, Lehren ziehen und eine gesunde, wirtschaftlich und menschlich tragfähige Balance finden?

Dieses Manifest der 700 Regionen ist ein Versuch die Lehren aus den Erfahrungen mit diesen extremen und gegensätzlichen Konzepten zu ziehen. Eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu schaffen, die den Menschen Europas sowohl die erforderliche persönliche Entfaltung und Entwicklung ermöglicht als auch die negativen Auswüchse des Kapitalismus und des Kommunismus verhindert.

Der Kommunismus ist keine Alternative zum Kapitalismus und umgekehrt. Nicht nur weil keines von beiden in seiner reinen Form existiert, sondern weil beides Zwillinge sind, von denen jeder einen anderen Hut trägt.

Der sogenannte freie Kapitalismus ist eine organisierte Barbarei. Er lehrt uns, Reichtum zu verehren, nicht Weisheit. Wenige häufen an, was viele brauchen, und nennen es Freiheit, wenn Konzerne herrschen und der Mensch sich verkaufen muss, um zu überleben. Ein System, das Armut braucht, um Reichtum zu erzeugen, ist kein Fortschritt – es ist moralischer Bankrott.

Unsere Zivilisation, unsere Freiheit und letztlich auch unsere Demokratie wird geopfert, damit eine sehr kleine Zahl von Menschen enorme Summen Geld verdienen kann. Man spricht von Grünem Wachstum – während die Wälder brennen und Arten sterben. Das Märchen vom unendlichen Wirtschaftswachstum auf einem endlichen

700 Regionen – Europa neu gedacht

Planeten gibt es nicht in der Wirklichkeit. Dieses System ist kaputt. Es geht nicht nur um CO2. Es geht um Gier. Um Macht. Um ein Wirtschaftssystem, das Leben zerstört, um Profite zu retten.

Dann hat der erste Weltkrieg Europa politisch grundlegend verändert. Es entstanden demokratische Staaten, die nach dem zweiten Weltkrieg nochmals neu und sozusagen endgültig einzementiert wurden. Alles auf Basis einer neu gewonnenen und gestalteten Form von Demokratie und des Völkerrechts. Diese Demokratie, die einerseits allen Menschen gleiche Rechte verspricht, stellt sich nach den letzten rund 100 Jahren ihrer Entwicklung als Mogelpackung heraus. Die Bürger Europas können nur sehr eingeschränkt wählen, weil die Angebote auf ihren Stimmzetteln nicht Menschen sind, sondern Parteien. Diese Parteien haben für sich selbst feste Programme und Ziele entwickelt, die jedoch nie wirklich umgesetzt werden, sondern in einem endlosen Gerangel um Kompromisse versickern. Es geht nicht mehr um die Ziele, sondern ausschließlich um die Anzahl der Stimmen, die Macht, Einfluss und Geld bedeuten.

Die politischen Parteien haben sich zu Sklaven des Kapitalismus entwickelt. „Wer zahlt schafft an“. Die internationalen Konzerne und ihre Heerschaaren von Lobbyisten bestimmen hinter verschlossenen Türen, was zu geschehen hat. Die öffentlich rechtlichen Medien der Europäischen Staaten sind vorwiegend Propagandamaschinen für Parteipolitik und zur Tarnung Gute-Laune-Macher mit Glanz und Glimmer.

Die Bürger Europas dürfen ihre Meinung äußern, ohne sofort bestraft zu werden, doch die internationalen Konzerne und ihre politischen Vasallen beherrschen auch die Medienkonzerne, die Meinungen vorgeben und zulassen oder abdrehen können, je nach Bedarf.

Die Freiheit der Meinungsäußerung, die eigentlich die Basis demokratischen Zusammenlebens bilden sollte, wird von öffentlich-rechtlichen Medien selektiert, zugelassen oder als Verschwörungstheorie geoutet. Die modernen „Social Media“ bieten alternative Informationsquellen, doch die Mehrheit der Bürger ist so überfordert von der Unmenge an Informationen, die über sie hereinprasseln, dass sie sich meistens doch lieber zurücklehnen und Zeit im Bild oder ARD-Nachrichten ansehen, in der Überzeugung, dass das wenigstens Wahrheiten sind statt Fake-News.

Vermutlich wird es nie so weit kommen, dass diese Idee einer Union der 700 Regionen Europas jemals umgesetzt werden können wird aber ich meine, den Versuch ist es wert. Über den Tellerrand zu blicken ist das eine, aber soooo weit voraus, das ist sicherlich sehr gewagt.

Ich gebe mich daher keinen Illusionen hin und verstehe vollkommen, wenn die Bürger Europas, von den einfachen Arbeitern, über die hochgebildeten Fachkräfte, Politologen und Wirtschaftswissenschaftler bis hin zu den Politikern, diese Ideen als blanke Utopie bezeichnen würden. Bestenfalls lässt sich der/die eine oder andere

700 Regionen – Europa neu gedacht

vielleicht dazu hinreißen, dass es wenigstens eine schöne Utopie ist – eine, die man anstreben könnte, wären nicht alle Wege schon so festgefahren.

Vielleicht wenn wir andere Entscheidungen getroffen hätten, andere Prioritäten gesetzt hätten, und vor allem nicht nur politische Systeme entwickelt hätten, sondern in höherem Maße berücksichtigt hätten, dass jeder Mensch einerseits nach Frieden, Harmonie und Zusammenleben strebt, andererseits stets getrieben wird von Streben nach Macht und Gier nach Geld, wäre Europa heute ein anderes.

Reichtum und Besitz sind verständlicherweise erstrebenswerte Ziele, doch bei allem Respekt vor Systemen und Regeln: „ein Mensch, der strebt, strebt stets nach mehr“. Im Volksmund nennt man das: „den Hals nie vollkriegen können“. Das ist der Virus des Kapitalismus, der in jedem von uns steckt.

Nichtsdestotrotz habe ich diese Idee der 700 Regionen Europas vollkommen neu gedacht, ohne Rücksicht darauf, dass vor allem die Berufsgruppe der Politiker mit all ihren Privilegien radikal verkleinert würde.

Wir haben auch in jüngerer Geschichte erlebt, dass selbst etablierte Staatsgrenzen verschwinden, und Staaten sich auflösen können. UDSSR, Jugoslawien, die DDR und die Tschechoslowakei zum Beispiel. Teilweise war das schmerzhaft, mit Kriegen und Toten erkämpft, aber es ist möglich und manchmal sogar friedlich. Es lebt die Hoffnung, dass solche Veränderungen auch ohne Krieg und Tod umgesetzt werden können.

Eine „schöne neue Welt“ oder „1984“? Aldous Huxley und George Orwell lagen schon vor 80 Jahren im literarischen Wettstreit darüber, wie eine Welt als Utopie beschrieben werden könnte. Wunderschön perfekt oder grauenhaft im Dauerkriegszustand. Bis jetzt hat Orwell gewonnen. Die Welt liegt im Krieg. Selbst Demokratien sind Großteils zu autokratischen Monstern geworden.

Dieses Manifest beschreibt als Verständnisgrundlage kurz die historischen Entwicklungen der politischen Systeme in Europa sowie die aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation Europas um dann als Manifest eine mögliche Struktur des Lebens in der Gemeinschaft, der Menschlichkeit und des Miteinander und des füreinander Daseins in Europa zu skizzieren.

Alle Detailaspekte wie Gesundheit, Verkehr, Ausbildungen, Tourismus, Religion, Wirtschaft, Finanzen, Soziales, Verwaltung, Sicherheit, etc., werden in einzelnen Kapiteln skizziert und soweit ausformuliert, dass die wichtigsten Ziele und Regeln erkennbar werden, jedoch mit sehr viel Spielraum für die Ausarbeitung durch Fachkräfte und Experten, vor allem den Menschen Europas, gegeben ist. Eine gute Gebrauchsanleitung zeigt, wozu ein Schiff gebraucht werden könnte, ohne alle Bretter und Nägel im Detail zu erklären.

Von expliziten Ausführungen geschlechtsspezifischer Begriffe wurde der besseren Lesbarkeit zuliebe abgesehen.

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	2
INHALTSVERZEICHNIS	5
DIE VERGANGENHEIT	6
EINFÜHRUNG	6
DIE WIEGE DER DEMOKRATIE	7
DER BEGINN DER NEUZEIT	8
ENTWICKLUNG UND SCHEITERN DES KOMMUNISMUS	9
DIE GEGENWART	11
DIE DEMOKRATIE	11
EUROPA HEUTE	13
PRVINZEN, BUNDESLÄNDER, KANTONE, REGIONEN, KREISE, OBLASTE, KOMITATE	14
DIE EUROPÄISCHE UNION	15
DIE STÄNDE	18
DIE RELIGIONEN	19
DIE POLITISCHEN PARTEIEN	20
DIE ZUKUNFT	22
DIMENSIONEN und ÄNGSTE	22
UNION DER 700 REGIONEN EUROPAS	24
Die Regierungs-Struktur von unten nach oben	25
ZEITRÄUME und WAHLEN	26
KOSTENSTRUKTUR und BUDGETS	27
EINNAHMEN der REGIONEN	27
KOSTEN und AUSGABEN der REGIONEN (EINKOMMEN der BÜRGER)	27
FACHGRUPPEN und MINISTERIEN	28
Ministerium für Verwaltung und Finanzen	30
Ministerium für internationale Angelegenheiten und Handel	31
Ministerium für Justiz	31
Ministerium für Sicherheit	32
Ministerium für Soziales, Bildung und Sprachen	33
Ministerium für Menschenrechte und Frieden	36
Ministerium für Kunst und Kultur	36
Ministerium für Arbeit, Wirtschaft, Forschung und Entwicklung	37
Ministerium für Energiewirtschaft	38
Ministerium für Verkehr und Tourismus	39
Ministerium für Umwelt und Ernährung	40
RESÜME UND HOFFNUNG	42

DIE VERGANGENHEIT

EINFÜHRUNG

Um eine moderne, zeitgerechte Form des Zusammenlebens zu entwickeln, betrachten wir zuerst die historischen Entwicklungen und analysieren und benennen und sowohl die positiven als auch die negativen Aspekte daraus. Wer die Vergangenheit erkennt und versteht, kann daraus eine Zukunft gestalten.

Die Entwicklungen der menschlichen Zivilisation, das Zusammenleben von Menschen in Gemeinschaften, lässt sich über Jahrtausende zurückverfolgen. Diese Jahrtausende Menschheitsgeschichte bilden zwar die Grundlage von allem, sind jedoch für heute und für morgen nicht mehr wirklich relevant. Erst vor ca. 2.500 Jahren, im 6. Jahrhundert v.Chr. begann in Griechenland eine neue gesamtgesellschaftliche Entwicklung, auf der große Teile unserer heutigen Demokratien basieren.

Geschichtsforscher, Historiker und Philosophen analysieren und beschreiben die verschiedenen Formen, die Menschen gemeinsam miteinander entwickelt haben, um eine möglichst umfassende Gerechtigkeit untereinander zu schaffen. Gerne wird von Weiterentwicklung, Fortschritt und Zukunft gesprochen, doch diese angestrebte Ordnung war noch nie so ungerecht verteilt wie heute. Kurzgefasst: die Reichen werden immer reicher, hingegen die Mehrheit der Bevölkerung gerade so arm bleibt, dass es zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel ist. Und das seit über 2000 Jahren.

Bei Naturvölkern, die in kleinen Gemeinschaften zusammenlebten, scheint diese Ordnung besser funktioniert zu haben. Kleine Dorfgemeinschaften schafften es üblicherweise immer, die einfachen Regeln, wer was zu tun hat, wer welche Rechte und Pflichten hat und wer wieviel für was bekommt, untereinander auszureden und zu leben. Manche davon hatten Dorfälteste oder Häuptlinge, um im Falle von Unstimmigkeiten, die immer wieder aufkommen können, Entscheidungen zu treffen. Manche jedoch hatten keine solche Oberhäupter, sondern lösten alle ihre Probleme auf demokratische Weise bzw. nach Regeln, die sie gemeinsam beschlossen hatten. In kleinen Gemeinschaften konnte und kann so etwas gut funktionieren, in größeren Zusammenschlüssen, den Staaten eigentlich nie wirklich.

Woran liegt das? Gibt es Demokratie nur in kleinen Gruppen?

Warum funktioniert das in der heutigen Gesellschaft so gar nicht mehr?

Nach den vielen Kämpfen und Kriegen, durch die Europa jahrhundertlang auf viele verschiedene Fürstentümer, König- und Kaiserreiche aufgeteilt worden war, beschlossen die neuen Europäischen Politiker nach dem zweiten Weltkrieg, Europa friedlich neu aufzubauen.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Die wichtigsten Ziele waren dabei, die Befreiungs- resp. Besatzungsmächte loszuwerden und die neuen Staaten, die sich in schwierigen Verhandlungen gebildet hatten, neu zu ordnen. Es galt sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen verschiedenen Interessen auf- und auszubauen, und vor allem wollte man eine dauerhaft friedliche und allseits akzeptierbare Ordnung schaffen.

In diesem Manifest wollen wir uns auf die Entwicklung Europas fokussieren und dabei die verschiedenen, teilweise parallelen Entwicklungen in Amerika, Asien, Arabien und Afrika außerhalb der Betrachtungen lassen, wenngleich die Parallelität vieler Entwicklungen nicht zu übersehen ist. In der UDSSR und in China wurde der Kommunismus begründet. Europa übernahm einige Teile der zuvor nach Amerika exportierten Demokratie wieder zurück und gestaltete sich neu.

Demokratische Bausteine waren die Grundlagen dieser Neuordnung, wenngleich sie nicht in allen Staaten in gleicher Form umgesetzt wurden, was vorwiegend historisch gewachsene Gründe hatte. Die schmerzlichen Erlebnisse aus den verschiedenen diktatorischen Herrschaften, insbesondere bis 1945, steckten allen noch in den Knochen. Die bestehenden Königshäuser wurden auf repräsentative, jedoch politisch unwirksame Abstellgleise geschoben.

DIE WIEGE DER DEMOKRATIE

Einige tausend Jahre zuvor entwickelte sich die ursprüngliche Europäische Bevölkerung aus mehreren Wellen von Einwanderern, umherziehenden Gruppen und sich ausbreitenden Ländern. Von Kelten und Germanen bis zu den sehr dominanten Römern.

Da dies ein modernes Manifest der Regionen werden soll, lassen wir bei dieser Analyse die Homo erectus, Neandertaler, Sammler und Jäger außer Betracht und beginnen diese Analyse mit der Entstehung der Demokratie im antiken Griechenland. In Athen, dem größten der Stadtstaaten, in die Griechenland unterteilt war, entwickelten sich vor über 2500 Jahren die ersten Ideen für demokratisches Zusammenleben, die in Beschreibungen und Überlieferungen bis heute erhalten sind. Diese Stadtstaaten, auch Polis genannt, funktionieren unabhängig voneinander.

In dieser Urform der Demokratie sicherten sich die Adeligen die Macht über Wahlen und Entscheidungen, hingegen die Bauern, Hirten, Fischer, Handwerker und Tagelöhner praktisch keine politischen Rechte besaßen. Sie waren geduldet und durften leben, um ihre Arbeiten zu verrichten, allerdings nur um den Wohlstand der Adeligen zu mehren. Dieser Grundstein der Schaffung von menschlichen Klassen ist bis heute erhalten geblieben, zumindest in der Praxis der politischen Umsetzung.

Aufgrund der dann daraus aus dem Volk heraus entstandenen Unruhen wurde ca. 600 v. Chr. das Bürgerrecht neu geordnet. Es entstand ein System auf Basis einer Volksversammlung, in dem männliche Bürger durch Losverfahren Mitbestimmung

700 Regionen – Europa neu gedacht

erhielten. Voraussetzungen dazu war zuerst die Abschaffung der Schuldknechtschaft. Die Gesellschaft wurde dann in Klassen eingeteilt: Großgrundbesitzer, Handwerker und Händler, Bauern und Tagelöhner. 100 Jahre danach, ca. 500 v.Chr. wurden bereits alle männlichen Bürger rechtlich gleichgestellt. Im folgenden goldenen Zeitalter der Demokratie, das 200 Jahrhunderte bestand, wurden viele Ämter ausgelost, um den Adel Schritt für Schritt zu entmachten. Ca. 300 v.Chr. wurde diese Demokratie jedoch nach den Peloponnesischen Kriegen von den siegreichen Makedoniern durch eine Oligarchie ersetzt.

DER BEGINN DER NEUZEIT

Die industrielle Revolution um 1750 war der Anstoß zu gravierenden Veränderungen aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, die nach den Wirren des Mittelalters und der kampfbetonten Aufteilung Europas in Fürstentümer, König- und Kaiserreiche entstanden waren.

Eine weltweite Industrialisierung begann. Aus Handwerkern und Werkstätten wurden Arbeiter und Fabriken. Massenproduktion in Fabriken löste Manufakturen und die Agrarwirtschaft ab. Die gesellschaftlichen Klassen wurden, wie bereits im antiken Griechenland, aus Arbeitern, Bürgern, Unternehmern, und Überlebenden des Adels gebildet.

Die Französische Revolution 1789 zählt wohl zu den erfolgreichsten Ereignissen der neuzeitlichen Europäischen Geschichte im Hinblick auf eine Entwicklung demokratischer Politik und der Menschenrechte. Diese tiefgreifenden macht- und gesellschaftspolitischen Veränderungen prägten danach das (damals) moderne Demokratieverständnis in ganz Europa. Allerdings fraß die Revolution ihre eigenen Kinder, aus den Revolutionären wurden neue autokratische Staatenlenker.

Ca. 50 Jahre später, um 1842, begann Karl Marx seinen politischen Lebenslauf als Redakteur der radikaldemokratischen Rheinischen Zeitung. Karl Marx sah und erlebte wohl die schrecklichsten Seiten dieser Industrialisierung, die Millionen von Arbeitern zu modernen Sklaven degradierte. Da diese die finanziellen Mittel für die Bereitstellung von Produktionen nicht besaßen und somit lediglich ihre Arbeitskraft anbieten konnten, mussten sie alle Bedingungen der herrschenden vermögenden Klasse akzeptieren.

Marx entwickelte daraus die Theorie des historischen Materialismus, definierte Klassenkämpfe als Motor der geschichtlichen Entwicklung und berechnete und prognostizierte den Untergang des herrschenden Kapitalismus zugunsten einer klassenlosen Gesellschaft. All dies im direkten Widerspruch zu allen politischen Systemen, aus denen die Regierungen der Länder gebildet waren.

Er entwickelte sich, gemeinsam mit seinem Freund Friedrich Engels, einem Unternehmer, weiter als Wissenschaftler und politischer Organisator. 1867 verfasste

700 Regionen – Europa neu gedacht

er „Das Kapital“ sowie „Das Manifest der Kommunistischen Partei“ und legte damit den Grundstein für gravierende gesellschaftliche und politische Veränderungen der Welt. Die Arbeiterbewegungen um die Wende zum 20. Jahrhundert verstand sich somit als „marxistisch“.

Die vielen darauffolgenden Klassenkämpfe der Arbeiter gegen die Bourgeoisie konnten die Welt nicht wirklich verändern. Zu mächtig dominiert stets das Geld. Wer es hat, bestimmt und so blieben die Reichen reich und die Armen arm. Es war genau diese Erkenntnis der menschenverachtenden Klasseneinteilungen, die Karl Marx dazu veranlasst hatte eine Idee zu entwickeln, die er Kommunismus taufte.

Diese Idee blieb vorerst eine rein ideologische, ohne praktische Umsetzungsmöglichkeit. Es folgten der erste und der zweite Weltkrieg, die Demokratien in Europa festigten sich nach einigen rudimentären Versuchen und dem Ausprobieren verschiedener politischer Systeme erst nach 1945, nach den beiden Weltkriegen.

Autoritäre Strukturen wurden überwunden, die meisten der in Europa verbliebenen Königshäuser erlangten einen Sonderstatus, meist parallel zu den Parlamenten und faktischen neuen Regierungen der einzelnen neuen Staaten. Die politische Landkarte Europas wurde neu definiert mit weniger als 30 allgemein anerkannten souveränen Staaten, sowie einige Besatzungszonen.

ENTWICKLUNG UND SCHEITERN DES KOMMUNISMUS

Es war der Russe Wladimir Iljitsch Lenin, der um 1900 als russischer Politiker und marxistischer Theoretiker die revolutionären kommunistischen Ideen von Marx und Engels aufgriff, um diese in die Praxis umzusetzen. Russland wurde damals von grenzenlos verschwenderischen Zaren regiert, die Bevölkerung litt Hunger. Lenin gründete die Bolschewiki und begann eine Revolution. 1922 entstand die damalige Sowjetunion, bestehend aus Russland, Ukraine, Weißrussland und Transkaukasien. Sie wurde nach und nach ausgeweitet auf 15 Teilrepubliken, eine geografische Dimension von 22 Millionen Quadratkilometern, 100 verschiedenen Nationalitäten, ca. 180 Millionen Menschen.

Josef Stalin kämpfte zuerst mit den Bolschewiken an der Seite Lenins, stieg auf in den Führungszirkel der Partei Lenins, verdrängte Lenin und übernahm die alleinige Macht der Sowjetunion. Er wandelte die Kommunistische Partei um in eine totalitäre Diktatur. Die ökonomische Politik wurde durch eine zentralisierte Kommandowirtschaft ersetzt. Die daraus folgende Hungerkatastrophe kostete ca. 1,5 Millionen Menschenleben.

Nach dem Tode Stalins 1953 leitete Nikita Chruschtschow eine Entstalinisierung ein.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Unter Michail Gorbatschow führten Reformen wie Glasnost und Perestroika ab 1985 zum Kontrollverlust der Zentralen Kommunistischen Führung und beendete damit die Sowjetunion 1991.

Die Ideen von Marx und Engels, ebenso sowie die Pläne Lenins oder Fidel Castros müssen als gescheitert betrachtet werden. Die zentralistisch gesteuerte Planwirtschaft hat nicht funktioniert, weder in der UDSSR, noch in der DDR, die von der Sowjetischen Besatzung nach 1945 als diktatorisches Regime errichtet worden war, noch in Cuba, weil die herrschaftsfreie und klassenlose Gesellschaft nie entstanden ist. Aufbauend auf dem Ziel einer klassenlosen Gesellschaft wurde zwar die kapitalistische Herrschaft abgeschafft, im Prinzip alle Bürger als gleichwertig eingestuft, doch stets bildete sich eine zentralistische Gruppe aus Herrschern, die gleicher waren als gleich, ihre Macht ausübten und den Bürgern gerade genug Luft zum Atmen ließen.

Das berühmte Zitat Lenins: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ bezeichnet hier als Grundstein den Untergang der kommunistischen Ideen von Karl Marx.

Ein klassenloses Volk, wie es sich Marx erträumt hatte, kann vermutlich, als Lehre aus diesen Entwicklungen nur dann entstehen, wenn Vertrauen die Grundlage des gemeinsamen Lebens bildet. Dieses Vertrauen beginnt im kleinsten Familienverband. Die Mutter vertraut darauf, dass ihre Familie ihr Zeit und Energie lässt, um Kinder zu bekommen. Die Babys vertrauen darauf ernährt und gepflegt zu werden. Und in Dorfgemeinschaften vertrauen alle darauf, dass man sich gegenseitig hilft, wenn erforderlich.

Das sollte auch die Grundlage sein für den Aufbau größerer Gemeinschaften, Ortschaften, Gemeinden, Bundesländern, Regionen und Staaten, bis hin zu Staatenbündnissen.

Der Mensch ist bekannterweise zwar einerseits prinzipiell gut, strebt nach Liebe, Geborgenheit und Selbstverwirklichung, andererseits leider jedoch auch geizig, neidig, eifersüchtig und brutal gegenüber seinen Brüdern und Schwestern.

Für die Bildung einer funktionierenden Gemeinschaft größerer Dimensionen als eine Familie und ein Dorf, müssen daher alle menschlichen Eigenschaften so erkennbar, überschaubar und einzuordnen sein, dass der gegenseitige Schaden, den sich Menschen oftmals antun, kontrollierbar bleibt.

Ist eine klassenlose Gesellschaft nach Marx und Engels überhaupt möglich?
Können Menschen wirklich akzeptieren, dass der Nachbar genau so wenig oder genau so viel besitzt wie man selbst? Gibt es eine ausgewogene Balance zwischen Vertrauen und Kontrolle?

DIE GEGENWART

DIE DEMOKRATIE

In Europa gilt es als flächendeckend akzeptiert, dass Demokratie die beste aller Regierungsformen sei. Man hat sich darauf geeinigt, dass jede Entscheidung mehrheitsbasiert sein sollte, da man davon ausgeht, dass eine Mehrheit der Bevölkerung stets das eigene Wohl als höchstes Gut definiert und daher alle demokratisch getroffenen Entscheidungen sich danach orientieren sollten.

Diktatorische Führungsstile werden als altmodisch und überholt betrachtet. Vor allem die modernen Werkzeuge der Kommunikation verbinden Menschen miteinander und werden als demokratische Mittel erkannt. Schnell werden Flashmobs ins Leben gerufen, Shitstorms ausgelöst und Meinungsblasen gebildet, stets auf Basis von vielen Meldungen, die vermeintlich stets eine Mehrheit bilden.

Eine demokratische Basis beginnt jedoch mit einer Familie und einer Dorfgemeinschaft. Ein Bürgermeister wird gewählt, um stellvertretend für alle Bürger die zu treffenden Entscheidungen zu verschriftlichen, sowie nach innen und außen zu repräsentieren.

Dörfer und Städte bilden dann Gemeinden, jeweils mit gewählten Gemeinderäten und diese schließen sich zusammen zu Bundesländern. In diesem Manifest wollen wir Österreich als Beispiel für alle Europäischen Staaten heranziehen, wenngleich es viele Detailunterschiede in einzelnen Staaten Europas gibt betreffend Gesetzgebung und Wahlsystemen.

Der Staat Österreich wird regiert von Stadträten und Bürgermeistern, Gemeinderäten, Landesräten und Landeshauptleuten, dem Parlament, der Bundesregierung mit Ministern, einem Bundesrat und einem Bundeskanzler. Obendrauf noch ein Bundespräsident, der zwar nicht mitregiert, aber die moralische Ordnung überwacht. Sehr viele Instanzen für relativ wenige Menschen. Es gibt weltweit viele Städte, die um ein Vielfaches größer sind als ganz Österreich und ohne so viele und teure Hierarchische Ebenen funktionieren.

Da wir, wie bereits erwähnt, schon wissen, dass alle diese Regierenden, eben alle Menschen, sowohl positive als auch negative menschlichen Eigenschaften in sich tragen, fehlbar sind und im Sinne Lenins kontrolliert werden sollten, verteilen demokratisch gebildete politische Vereinigungen ihre Macht auf mehrere Säulen, die sich gegenseitig kontrollieren und maßregeln sollen. Judikative, Legislative und Exekutive Einrichtungen kontrollieren, auf Basis von gemeingültigen und gemeinsam beschlossenen Gesetzen die Ordnung im Land und filtern Menschen, die sich nicht daran halten heraus, sperren sie ein oder verhängen Geldstrafen.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Daraus entsteht eine latente Macht, die von ihren eigenen Gesetzen in ihren Grenzen gehalten wird. Diese Ordnung definiert nicht, welchen gesellschaftlichen Status einzelne Bürger besitzen. Arbeitslose, Obdachlose, Arbeiter, Angestellte, Unternehmer, Beamte, Politiker und sogar Bundespräsidenten unterliegen denselben Gesetzen.

Doch es gab und gibt Freie und Sklaven, Patrizier und Plebejer, Adelige und Leibeigene, Bürger und Handwerker, Arbeiter und Unternehmer – immer schon standen und stehen sich Unterdrücker und Unterdrückte gegenüber. Der ständig schwelende Konflikt ist auch heute noch nicht überwunden.

Um die überbordende grenzenlose Machtkonzentration kommunistischer Ein-Parteien-Systeme, wie wir sie in Russland, Kuba, der DDR und anderen Staaten kennengelernt haben, zu überwinden, basierte jede moderne demokratische Regierungsform auf freien politischen Parteien, die sich beliebig gründen, formieren und ausrichten können.

Doch auch hier wurde wieder eine klare Abgrenzung zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen geschaffen. Bürger, die einer Partei beitreten, können in Parlamenten und Regierungen aktiv sein, allen anderen bleiben politisch passiv und dürfen ihre Meinung bei Wahlen mit einem Kreuzerl bekanntgeben.

Die politisch passiven Bürger haben zwar die freie Wahl ihrer Stimmabgabe, können jedoch lediglich wählen zwischen den Programmen, welche die zugelassenen Parteien propagieren. Wem keine der vorhandenen Parteien passend erscheint, kann auch gar nicht wählen oder, wie es wohl öfter geschieht, das geringste Übel wählen, welches gerade opportun erscheint.

Wer in ein politisches Amt gewählt wird, erhält automatisch diplomatische Immunität, Besoldung und Vorteile nach von den Parteien selbst festgelegten Regeln. Was immer Parteien, Parlamente, Minister und sonstige Amtsträger beschließen, das gilt.

Änderungen von nach Ansicht der Bevölkerung für sie falsch getroffenen Entscheidungen können bestenfalls anlässlich einer nächsten Wahl erfolgen. Meist ist das zu spät und aufgrund der komplexen Zusammenhänge und der aktuell überbordenden Anzahl an Gesetzen praktisch unmöglich geworden. Rund 8.400 Bundesgesetze von 1970 haben sich bis 2025 auf ca. 60.000 vermehrt, und aus ca. 2.800 Verordnungen von 1970 wurden aktuell ca. 60.000 Verordnungen.

Dazu kommen unzählbar viele Landesgesetze und Gemeindeverordnungen. Die genaue Anzahl von Gesetzen, resultierend aus diesem ständig wachsenden Bürokratiemonster, ist nicht mehr zu beziffern. Novellierungen und Neuerlassungen sind in einem ständigen Wettlauf. Die Bevölkerung hat keinen Einfluss mehr auf die Flut der entstehenden Gesetze, weil ihre demokratisch gewählten Vertreter sich verselbstständigt haben.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Die gewählten Politiker sind heute abgehoben von der Bevölkerung, nur an wenigen ausgewählten Sprechtagen für gewöhnliche Bürger zur Verfügung. Volksbefragungen werden als Feigenblatt der Demokratie, als Farce erhalten, politischen Einfluss haben sie nie.

Ähnlich der Erkenntnis, die 1790, vor rund 250 Jahren, bald nach der französischen Revolution gefunden wurde, lässt sich heute wieder zeitgemäß und tagesaktuell formulieren: „Die Revolution frisst ihre eigenen Kinder.“ Robespierre hatte damals zuerst das Lob und dann den Tadel auf sich gezogen. Der König und sein adeliges Gefolge waren geköpft worden, doch die Revolutionäre erschufen einen neuen Machtapparat. Demokratisch unterlegt, autokratisch geführt.

Nach wie vor dominiert der elitäre Kreis der vermögenden Personen, das Kapital, die Politik, ihre Lobbyisten geben den Politikern ihre Gesetzeswünsche zur Erledigung, die großen Konzerne schütten unendliche, enorme Boni und Dividenden an ihre Aktionäre aus, Steuerflucht für Großkonzerne ist ein Modewort geworden, doch der Arbeiter in der Fabrik und die Kassiererin an der Supermarktkassa müssen an Lebensmitteln sparen, um sich die Miete ihre kleinen Wohnungen leisten zu können.

Ist diese Form der Gemeinschaft wirklich die beste, die es gibt?

EUROPA HEUTE

Europa lässt sich einteilen in geografische Gebiete Süden, Norden, Osten, Westen und das Zentrum, sowie politisch in 43 Staaten und ca. 630 Regionen. Aktuell sind davon 27 Staaten Mitglied der Europäischen Union, 16 Staaten sind es somit nicht. Knapp 400 der Regionen sind aktuell durch ihre Staaten Mitglieder der EU, 230 Regionen sind dies somit nicht.

Dieser aktuelle Überblick, zeigt die Uneinigkeit, eigentlich die Zerrissenheit Europas deutlich. Eine Zerrissenheit, die nicht nur innerhalb der EU besteht, sondern den ganzen Kontinent betrifft. Als die 6 Gründungsmitgliedstaaten 1952, bzw. 1958 einen Plan schmiedeten für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, hatten sie bestimmte hehre Ziele vor Augen.

Europa sind offensichtlich schrittweise, aber kontinuierlich sowohl das Ruder als auch die Segel entglitten. Enorme Berge von Bürokratie, monströse Beamtenburgen und Verwaltungsapparate sind entstanden und die Politiker sind ständig in einem Zwiespalt zwischen der Behauptung ihrer nationalen Interessen, die sie für ihre persönliche Wiederwahl benötigen und dem Image, das sie weltmännisch als internationale Führer auszeichnen sollte. Dazu kommen stets parteipolitische Interessenskonflikte, marktwirtschaftliche Entwicklungen die ständig den lautesten Ton angeben und gesellschaftliche Differenzen. Ein Bayer ist halt kein Preuße, ein Katalane kein Sizilianer und ein Tiroler kein Wiener, um es salopp zu formulieren.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Um noch ein wichtiges Detail nicht aus den Augen zu verlieren, ein kurzer Blick auf die Anzahl der Menschen auf diesem Kontinent: Auf dem geografischen Gebiet Europa (ohne Russland und Türkei) leben derzeit ca. 700 Millionen Menschen, innerhalb der EU-Staaten sind es lediglich ca. 450 Millionen. Und doch benimmt sich die Führungsspitze der EU, als ob ihre Entscheidungen immer ganz Europa betreffen würden. Sie sprechen stets „im Namen Europas“.

Könnte und sollte es nicht unser aller gemeinsames Ziel sein, das Zusammenleben aller 700 Millionen Menschen Europas so zu strukturieren, dass politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungen auf einer demokratischen Basis getroffen werden, ohne dass dabei die einzelnen Staaten und Regionen statt der Gemeinsamkeiten stets ihre eigenen Interessen in den Vordergrund und als verteidigungswürdig handhaben müssen?

Die Grundsatzfrage dazu stellt sich somit als: was sind Gemeinsamkeiten und was sind trennende Unterschiede?

Wie definieren wir sie und wie könnten wir sie in Einklang bringen?

PRVINZEN, BUNDESLÄNDER, KANTONE, REGIONEN, KREISE, OBLASTE, KOMITATE

In diesem Manifest nennen wir alle die verschiedenen Bezeichnungen der Einfachheit halber „Regionen“. Beispielhaft für alle anderen Staaten Europas beleuchten wir die Situation Österreichs als durchschnittlich großes Land mitten in Europa. Historisch gewachsen/geschrumpft wie viele andere auch.

Zum allgemeinen Überblick fassen wir hier die aktuellen Gebiete, Staaten und Regionen zusammen:

ZENTRALEUROPA: 8 Staaten, 98 Regionen

Belgien: 3 Regionen, **Deutschland:** 16 Bundesländer, **Frankreich** 18

Verwaltungsregionen, **Liechtenstein:** 2 Wahlkreise, **Luxemburg:** 12 Kantone,

Niederlande: 12 Provinzen, **Österreich:** 9 Bundesländer, **Schweiz:** 26 Kantone

NORDEUROPA: 10 Staaten, 133 Regionen

Dänemark 5 Regionen (plus 1 Färöer, plus 1 Grönland), **England:** 9

Verwaltungsregionen (inkl. Nordirland), **Estland:** 15 Landkreise,

Finnland: 19 Regionen, **Irland:** 4 Provinzen, **Lettland:** 1 Einheitsstaat, **Litauen:** 10

Bezirke, **Norwegen:** 15 Provinzen, **Schottland:** 32 Council Areas, **Schweden:** 21 Provinzen

700 Regionen – Europa neu gedacht

OSTEUROPA: 8 Staaten, 159 Regionen

Belarus: 6 Oblaste, **Bulgarien:** 28 Oblaste, **Polen:** 16 Wolwodschaften, **Rumänien:** 41 Kreise, **Slowakei:** 8 Kraje, **Tschechien:** 14 Kraje, **Ungarn:** 19 Komitate, **Ukraine:** 27 Oblaste. (**Russland** und **Türkei** liegen als Staatsgebiete teilweise in Europa, Großteils jedoch nicht und müssen daher vorläufig nicht berücksichtigt werden.)

SÜDEUROPA: 12 Staaten, 198 Regionen

Albanien: 12 Bezirke (Quarqe), **Bosnien Herzegovina:** 10 Kantone, **Griechenland:** 13 Regionen (Peripheres), **Italien:** 20 Regionen, **Kosovo:** 38 Komuna, **Kroatien:** 21 Verwaltungsbezirke, **Malta:** 3 Regionen, **Montenegro:** 25 Gemeinden, **Nordmazedonien:** 8 Regionen, **Serbien:** 30 Bezirke, **Slowenien:** 12 Regionen, **Zypern:** 6 Bezirke.

SÜDWESTEUROPA: 3 Staaten, 36 Regionen

Andorra: 1 Kleinstaat, **Portugal:** 18 Distritos, **Spanien:** 17 autonome Gemeinschaften

Mögen der/die eine oder andere sich verändern, teilen oder zusammenschließen während ich hier schreibe, es sind rund **700** Millionen Menschen in 41 Staaten mit plus minus 630 Regionen, die einen oder anderen wollen sich vielleicht noch aufteilen, als präsentative Größenordnung somit **700** Regionen.

700 direkte, sprachlich, kulturell und wirtschaftlich in sich selbst verwurzelte Lebensbereiche der **700** Millionen Menschen in Europa

DIE EUROPÄISCHE UNION

Die Europäische Union wurde 7 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, 1952 gegründet und in den Jahren danach weiterentwickelt, mit dem Ziel alle Europäischen Staaten und somit alle 700 Millionen Europäischen Bürger zu vereinen.

Das Europäische Parlament hat seinen offiziellen Sitz in Straßburg. Die Arbeitsorte wechseln auch nach Brüssel und Luxemburg. Es entscheidet über den Haushalt der 27 Mitgliedsstaaten, ohne jedoch direkt Einfluss darauf zu nehmen.

Geführt wird das Parlament durch den Ministerrat der Europäischen Union von einem aus den eigenen Reihen gewählten Präsidenten. Zusammengesetzt ist es aus Politikern, die von den einzelnen Staaten nominiert werden im Verhältnis aus den in den einzelnen Staaten dafür von den Bürgern abgegebenem prozentuellen Stimmenanteil. Die Abgeordneten selbst werden nicht von den Bürgern gewählt.

Der EU-Rat, die Exekutive der EU, setzt sich zusammen aus den EU-Regierungschefs der einzelnen Staaten. Er wählt regelmäßig einen Präsidenten für die Bildung einer exekutiven EU-Kommission. Diese ist eigentlich der Legislative des Parlaments untergeordnet. Diese Kommission besteht aus 27 nominierten (nicht gewählten)

700 Regionen – Europa neu gedacht

Kommissaren aus den EU-Staaten, die wiederum von ihrem Präsidenten ausgewählt werden, der den Kommissaren ihre Politikbereiche zuteilt.

Dem EU-Parlament fehlt der für sonstige Europäische Parlamente typische Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen. Je nach Thema bilden sich wechselnde Mehrheiten. Funktionell besteht es aus nach weltanschaulichen Ansichten gebildeten 8 Fraktionen, denen 19 nationale Parteien zugeordnet sind, einer Zusammenfassung von 5 Parteien als Fraktionslose Abgeordnete sowie ca. 40 parteilose Abgeordnete. Insgesamt umfasst es ca. 720 bis 750 Abgeordnete.

Das Europäische Parlament beschäftigt ca. 9.000 Mitarbeiter plus 2.000 parlamentarische Assistenten und 720 Abgeordnete. Insgesamt somit rund 12.000 Personen. Dazu kommen im Schnitt 5.000 Mitarbeiter in den Parlamenten und Verwaltungen der Europäischen Staaten, vorsichtig gerechnet und nur jene auf Bundesebene. Multipliziert mit den 41 Staaten Europas sind das über 200.000 Personen. Vermutlich sind es sehr viele mehr im Dunstkreis rundherum.

Da das EU-Parlament keine Regierung bildet, wie sie in den einzelnen Staaten selbst üblich ist, sondern zu jedem Gesetz wechselnde Mehrheiten sucht, ist dem Lobbyismus Tür und Tor geöffnet. Die Verteilung der Zahl der Sitze ist ungleich verteilt, größere Staaten haben mehr Sitze als kleinere. So entfallen z.B. auf Deutschland 96 Sitze, auf Malta 6. Kleinere Staaten sind somit generell unwichtig für Entscheidungsfindungen aller Art. Alle zu treffenden Entscheidungen werden defacto von den großen Fraktionen sowie den großen Staaten getroffen.

Die Regionen spielen in diesem Kontext keine Rolle. Sie sind lediglich Anhängsel der jeweiligen Staaten ohne eigene Vertretung und ohne eigene politische Kraft. Diese gesamte Führungsstruktur nimmt keine Rücksicht auf den gesellschaftlichen Stand ihrer einzelnen Mitglieder, außer, dass sie beruflich definierte Politiker sein müssen. Berufsausbildung und Qualifikation wie in der Wirtschaft ist nicht vorgegeben.

Das Europäische Parlament wird bereits heute von verschiedensten Wissenschaftlern, Politologen und Philosophen als postdemokratisch bezeichnet. Es kann bei Gesetzesprojekten zwar mitreden, ist aber selbst ohnmächtig und kann selbst keine Gesetze exekutieren. Die Europäische Kommission hingegen ist die eigentliche Regierung der EU, jedoch eine vom Parlament separierte Institution, dem Parlament nicht rechenschaftspflichtig und nicht in den Köpfen und Herzen der EU-Bürger verankert, da sie nicht von den Bürgern gewählt ist.

Damit ist die kontinuierlich wachsende Distanzierung sowohl zwischen der EU als gesetzgebende Institution und den Europäischen Staaten, als eigentliche politische Führung Europas und den Bürgern Europas vorprogrammiert. Die Bürger Europas wählen die Politiker, die im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission aktiv sind, nicht direkt aus, sondern nur indirekt über mehrere Umwege. Daraus entsteht die Distanz, die einerseits zu dieser Abgehobenheit der Politiker von den Bürgern führt und andererseits in unverständliche und regional unangepasste Gesetze, welche die Bürger Europas nur zur Kenntnis nehmen können.

Hochfinanz und Lobbyismus, untermalt von ständigen Korruptionsskandalen, treiben sich selbst immer weiter in ungeahnte Höhen. Aufrüstung und Kriege wurden neu entdeckt als solide Basis für Kapitalvermehrungen. Dieser Neo-Kapitalismus trägt den Krieg und den eigenen Untergang in sich wie die Wolke den Regen.

Je nach wirtschaftlichem Interesse des Kapitalismus werden täglich neue Gesetze eingebracht, entworfen und beschlossen, die nicht in der Heimat der Bürger, den Regionen, in denen sie leben, gerecht werden, und nicht deren Bedürfnisse befriedigen. Die wirtschaftlichen Großmächte, die großen internationalen Konzerne, kurz der Kapitalismus, drängt den Bürgern seinen Willen auf. Der Lobbyismus, der vom Kapitalismus finanziert und gesteuert wird, zwingt die Europäische Gesetzgebung von einer zentralen Leitstelle aus, bis in die Staaten, bis in die Provinzen, bis zu den Bürgern nach ihren Regeln zu funktionieren. Die Bürger Europas sind diesem Mechanismus machtlos ausgeliefert.

Die einzelnen Staaten selbst werden von EU-Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien aller Arten überrollt, müssen diese in nationale Gesetze formatieren und sind somit selbst als Regierungen ihrer eigenen Staaten defacto entmachtet. Beispiele wie die Gurkenkrümmungsvorschrift, Datenschutz-Grundverordnung, Plastiktüten-Richtlinien und zigtausende Andere, die hier nicht extra aufgelistet werden müssen, zeigen das deutlich.

Die Dienstleistungsfreiheit hingegen hat bewirkt, dass Menschen aus ärmeren Ländern in reichere Länder abwandern, um mehr zu verdienen als zuhause, gleichzeitig jedoch bestehende Lohnniveaus unterwandern, verschieden vorteilhafte Sozialunterstützungs-Systeme nützen und damit sogar unter den Bürgern der EU selbst Fremdenfeindlichkeiten schüren.

Der freie Kapitalverkehr und der Aktienmarkt haben dem Kapitalismus und den kriminellen mafiösen Organisationen Tür und Tor geöffnet. Da jedoch die Strafrahmen und Strafverfolgungen innerhalb der EU nicht einheitlich sind, wurde statt Minimierung der Kriminalität eine maximale Erleichterung für kriminelle Organisationen ermöglicht.

Als einer der gravierendsten Fehler, der den Gründungsmitgliedern der EU unterlief, ist die fehlende Steuerharmonisierung auszumachen. Anstatt zuerst alle Steuern europaweit zu nivellieren, herrscht unter den Europäischen Staaten Konkurrenzkampf um die großen Konzerne. Besser 5 % von viel als 20 % von gar nichts, lautet die Devise. Verschiedene Staaten bieten mit Steuer-Schlupflöchern den größten Anreiz für Konzerne, sich entweder da oder dort anzusiedeln. „Race-to-the-bottom“ heißt das Rennen der Konzerne auf der Suche nach weniger Steuerlasten. Das Europäische Parlament bezeichnet sich selbst als ohnmächtig dieses Problem lösen zu können. Aber wenn nicht die, wer denn dann?

2012 erhielt die Europäische Union den Friedensnobelpreis für ihren jahrzehntelangen (fünf Jahrzehnte von 1960 bis 2010) Beitrag zur Förderung von Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa. Heute, 2026, nur vierzehn Jahre später,

700 Regionen – Europa neu gedacht

muss man resümieren, dass die EU kriegsführende Staaten aktiv unterstützt, die Waffen- und Munitions-Industrie der größte und stabilste Wirtschaftsfaktor ist, die Infrastrukturen in den Staaten kontinuierlich schlechter werden.

Einstmals gut funktionierende staatliche Organisationen wie Bahn, Post, Stahlindustrie, sozialer Wohnbau, Krankenhäuser bis hin zu Kindergärten und Schulen wurden teil-privatisiert, und damit den freien Kräften des Kapitalismus überlassen. Die Bürger werden immer ärmer und der Neo-Kapitalismus ohne entsprechende Balance mit der Produktion der Fabriken und den Bürgern wächst ins unendliche. Aktien und Anteile statt Arbeit macht vermögend und frei.

Von den 1950ern bis zu den 1990ern konnte ein Familienteil mit seiner Arbeit eine Familie ernähren und sich ein bescheidenes Zuhause errichten. Seit den Zweitausender Jahren sind (außer man ist Politiker oder höherer Beamter) zwei durchschnittliche Verdienere kaum noch in der Lage 2 Kinder zu ernähren und die Miete zu bezahlen. Die Armut in Europa wächst kontinuierlich. Die Bevölkerung schrumpft. Die Arbeitslosenzahlen steigen, Firmen- und Privatkonkurse erreichen Rekordzahlen, die Inflation erreicht ungeahnte Höhen. Die regierenden Europäischen Politiker aller Colours wetteifern, um die gelungensten Formulierungen diese Situationen schönzureden.

Ist das die Europäische Demokratie, die wir wollten?

DIE STÄNDE

Im Sinne von Marx, Lenin und der historischen Entwicklungen lassen sich in Österreich (und in Europa) folgende Stände benennen:

- A) Einfache Bürger: Arbeiter, Pensionisten, Einzel- und Kleinunternehmer.
- B) Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Asylanten und Flüchtlinge aus Kriegsgebieten. (Nicht zu verwechseln mit Zuwanderern, die als Arbeitskraft oder Unternehmer die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten.)
- C) Gehobene Bürger: Großgrundbesitzer (Wald- und Landwirtschaft), Großunternehmer, Fabriksbesitzer (Industrielle). Gut situierte Erben und Pensionisten.
- D) Beamte: Sie genießen ein eigenes Beamtenrecht, sowohl bei Besoldung als auch bei Pensionierung und Krankenkassen. (Zugelassen sind Staatsbürger eines Europäischen Staates, nicht zwangsläufig Österreicher.)
- E) Die klassischen Kapitalisten, Aktionäre und Investoren: Vermehren ihr Vermögen durch Aktienhandel sowie Investitionen in Unternehmen anderer.

(Sie können von außerhalb der EU sein und ihren Wohnsitz, Firmensitz und insbesondere Steuerwohnsitz auch außerhalb der EU haben.)

- F) Politiker wird man durch freiwilligen Eintritt in eine der Parteien, vom Gemeinderat bis zum Bundeskanzler werden sie von den Parteien nominiert und demokratisch gewählt. Im Falle von indirekten Wahlen (also nicht Personen- sondern Parteiwahlen) kann es vorkommen, dass politische Funktionen von Personen besetzt werden, die nie zur Wahl standen, sondern lediglich von den Parteien nachträglich eingesetzt werden.

DIE RELIGIONEN

In Österreich bekennen sich nur noch ca. 75 %, also drei Viertel der Bevölkerung zu einer Glaubensgemeinschaft. Die Hälfte davon praktiziert ihre Religion regelmäßig.

Mit rund 55 % davon ist die Katholische Kirche die größte mit verschiedenen Zweigen wie römisch-katholisch, Altkatholisch oder Orthodox. Es gibt relativ stabile Größen von evangelischen, israelitischen und islamischen Religionen, sowie kleinere Gruppierungen wie z.B. Zeugen Jehovas, Adventisten oder ähnliche.

Keine dieser Religionen stellt eine Relevanz dar in der politischen Gestaltung des Staates. Verbindliche direkte Zuordnungen von Religionen zu politischen Parteien gibt es praktisch nicht.

Es heften sich zwar die traditionelle Volkspartei ÖVP ebenso wie die rechtsorientierte FPÖ konservative Katholischen und Evangelische Traditionen an ihre Fahnen, doch lassen sich die Wähler nicht direkt den Parteien zuordnen. Von welchen Religionen die Wähler der ÖVP, der SPÖ, der Grünen oder gar der KPÖ sind, lässt sich nicht mit Bestimmtheit festmachen.

Auch innerhalb der weiter oben definierten Stände sind die verschiedenen Religionen undefiniert überlappend verteilt.

Österreich ist zwar weitestgehend von der Katholischen Tradition, inklusive vieler katholisierter Bräuche, geprägt, doch diese spielen in der politischen Gestaltung des Staates keine maßgebliche Rolle und werden daher in diesem politischen Manifest, man möge dies mit Respekt zur Kenntnis nehmen, nicht weiter behandelt.

Die Verwaltung der 700 Regionen Europas soll strikt und ausnahmslos säkular gestaltet werden. Religionsgemeinschaften dürfen und können sich frei und uneingeschränkt entfalten, solange sie sich innerhalb der geltenden Gesetze bewegen. Auch größere Religionsgemeinschaften sollen keinerlei Privilegien, Steuererleichterungen oder sonstige Vergünstigungen mehr zugestanden bekommen wie derzeit. Sie mögen sich selbst erhalten.

DIE POLITISCHEN PARTEIEN

Die Bürger Österreichs wurden nach 1945 entweder als Nazis verurteilt oder offiziell „entnazifiziert“ und teilten sich danach somit als freie Bürger vorwiegend in die damaligen Großparteien ÖVP und SPÖ auf. Die KPÖ, die schon während dem zweiten Weltkrieg als Untergrundkämpfer aktiv war, also ausgesprochen anti-nationalsozialistisch, zählte ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern Österreichs.

Die ersten Jahrzehnte nach 1945 wurde jedenfalls geprägt von ÖVP und SPÖ, die zumeist gemeinsame Regierungen bildeten, abwechselnd als jeweils stärkere Partei, jedoch auch mit Einzelregierungen. Ebenso die FPÖ und die KPÖ waren bereits in den ersten Jahrzehnten präsent, jedoch nicht maßgeblich an politischen Mehrheiten und Regierungsbildungen beteiligt.

Die KPÖ, gegründet bereits 1918 in Wien, durchlebte beide Weltkriege, zeichnete sich zwischen 1933 und 1945 durch aktiven Widerstand gegen den Austrofaschismus aus, verlor jedoch danach viel von ihrem Einfluss. Zu dominant waren die Bestrebungen nach neuer Demokratie als Gegenpol zu den Kommunisten der UDSSR und der DDR. Es tobte der „kalte Krieg“ im Hintergrund.

Die FPÖ entstand erst 1956 als Nachfolgepartei des Verbandes der Unabhängigen (VdU). Von der anfänglich post-nationalsozialistischen Ausrichtung wandelte sie sich zu einer betont österreichisch-patriotischen Partei. Bis 1986 als Kleinpartei, danach mit steigender Beliebtheit und Regierungsbeteiligungen.

In den letzten Jahrzehnten entstanden mit den Grünen (1980) und den Neos (2012) zwei weitere kleinere Parteien, die sowohl in Gemeinden und Landtagen als auch in Bundesregierungen Beteiligungen und Mitspracherechte erlangten.

Viele weitere Parteien wie MFG, BZÖ, Bierpartei, Christliche Partei, Verantwortung Erde und Unzählige von Personenlisten schaffen es, kurzfristig meist regionale Aufmerksamkeit generierend, Bundespolitisch zu keiner Relevanz.

Als besonderen Fokus dieses Manifestes ist hierbei festzustellen, dass gerade die lokalen Listen, wie z.B. Liste Fritz Dinkhauser in Tirol, Team Kärnten, Liste Burgenland, und viele weitere, immer wieder als kleine lokale Partei Mehrheiten erreichen und die sonst dominanten Großparteien damit teilweise ausbremsen können. Die unmittelbare volksnahe Arbeit regionaler Politiker wie z.B. Elke Kahr der KPÖ Graz, oder die KPÖ Salzburg mit Kay-Michael Dankl zeigt, dass die Bevölkerung sehr wohl erkennt, wenn Politiker sich tatsächlich für sie einsetzen und ihre persönlichen Anliegen und Probleme ernst nehmen.

Betreffend die oben genannten ehemaligen Großparteien hingegen erlebt die Bevölkerung eine enorme Abgehobenheit der Politischen Kaste von den Bedürfnissen der Bürger. Denn perfekt formulierten Wahlversprechen folgen keine adäquaten

700 Regionen – Europa neu gedacht

Taten. Und da diese Praxis ein wachsendes Ausmaß annimmt, entsteht ein sogenannter Politikfrust. Die Wahlbeteiligung sinkt. Die Demokratie stirbt langsam.

Die heute führenden Politiker, sowohl auf Bundes- als auch auf Landes-Ebene sind in einer Zwickmühle, aus der es kein Entrinnen zu geben scheint. Einerseits werden sie gesteuert und getrieben von den Lobbyisten des Kapitalismus, die entweder direkt oder indirekt durch die EU auf sie einwirken und sowohl neue Gesetze vorgeben als auch direkte Handlungen einfordern, andererseits müssen sie gute Miene zum bösen Spiel machen und kontinuierlich um die Wählerstimmen buhlen, die ihnen die nächste Verlängerung ihres hohen Gehaltes und ihrer Privilegien sichern. Die schlimmsten Lügen sind oft besser als die einfachsten Wahrheiten. Hauptsache, es klingt irgendwie glaubhaft. Nach den Wahlen stellt sich heraus, dass die vor der Wahl gegebenen Versprechen nicht eingehalten werden können, jedoch der Kapitalismus stets weitere Aktionen fordert. Die Reichen wollen schließlich immer reicher werden. Der menschlichen Gier ist keine Grenze gesetzt.

Die Gesetzgebung der EU ist bereits unendlich weit von den Bürgern, den Menschen im Land entfernt. Direkte Wahlen derjenigen Politiker, die tatsächlich die für die Bürger maßgeblichen Gesetze beschließen, existieren nicht mehr. Die vielen hierarchischen Stufen von der Ebene der Gemeinden und Bürgermeister bis zu den Präsidenten der verschiedenen Ebenen der EU-Politik sind unzählbar und unüberwindbar geworden.

Die Bundespolitiker können einerseits durch den teilweise zu ausgeprägten Föderalismus in praktisch allen Staaten Europas kaum durchgreifen in die Bundesländer, Regionen, Provinzen und Gemeinden, andererseits haben die Politiker der Bundesländer, Regionen, Provinzen und Gemeinden keine Stimmrechte in der Europäisch politisch gestaltenden Ebene.

Diese Europäische Union samt ihrem politischen System ist gescheitert.

Der Mainstream der Politik, samt den ihnen zugehörigen Medien, die gezwungenermaßen das berichten, was von der politischen Führung vorgegeben wird, treibt die Europäische Wirtschaftskrise und die Lust nach einem nächsten Krieg kontinuierlich voran. Sogar den Kindern in den Schulen wird bereits vermittelt, dass der Beruf eines Soldaten etwas Positives sei. Während täglich mittelständische und kleine Unternehmen sterben, wachsen die großen Konzerne der Rüstungs-, Pharma-, und Lebensmittelindustrie stetig weiter. Die Finanzwelt jagt die Aktienkurse von einem Hoch zum nächsten.

DIE ZUKUNFT

DIMENSIONEN und ÄNGSTE

700 Millionen Menschen in 700 Regionen bilden eine stattliche Anzahl, sind jedoch keine vereinte Kraft. Die historisch willkürlich gebildeten Staaten Europas nehmen in der politischen Gestaltung keine Rücksicht auf die einzelnen Regionen, sondern diese sind, politisch betrachtet, lediglich Anhängsel an ihre Staaten. Obwohl es die Regionen sind, die wirklich historisch gewachsen sind, siehe zum Beispiel Bayern, Elsass, Südtirol, Katalonien, etc., wurden diese im Laufe der Geschichte zwangseingegliedert in verschiedene Staaten. Durch diese Zwangsvereinigungen wurden hierarchische Ebenen geschaffen, die heute enorme Summen an Geldern verschlingen für Beamtenapparate und Politiker. Diese enormen Summen fehlen der Wirtschaftskraft der Regionen.

Die Bürger dieser Staaten sind ständig in einer Zwickmühle, weil sie einerseits nur zur ihrer eigenen Region einen direkten Bezug haben, nur der eigene Lebensraum ist direkt spürbar für die Menschen, doch andererseits wird ihnen kontinuierlich erklärt, dass dauerhafter Friede nur durch Zusammenschlüsse von Staaten gesichert werden könne.

Die Regionen bilden sich aktuell nicht ab in der internationalen Politik der Staaten, weil, wie die 9 Bundesländer unseres Beispiels Österreich, keine gemeinsamen Interessen in der EU vertreten, sondern jedes Bundesland seine eigenen Interessen verfolgt. Die Zusammenschlüsse von aktuell 27 Staaten bildet sich ab in der Europäischen Union. Die 700 Regionen nicht. Die zusätzlichen, derzeit nicht der EU-zugehörigen Staaten auch nicht.

In der Analyse dieser Gegenwart kann festgestellt werden, dass jedem Bürger das Hemd immer näher ist als die Jacke. Für Tiroler z.B. ist ihr Bundesland Tirol wichtig, das Wohlergehen in Burgenland gar nicht, und als kleiner Teil des Staates Österreich haben sie keinen Einfluss auf Entscheidungen, die in Brüssel oder Straßburg getroffen werden.

Die Europäische Union, die theoretisch auf demokratischen Prinzipien funktioniert, hat sich in der Realität vollkommen abgekapselt von den Bürgern. Zu viele Hierarchische Ebenen zwischen den Entscheidungsplattformen lassen direkten Kontakt und Einfluss von ganz unten nach ganz oben nicht mehr zu. Dieser Abkapselungsprozess begann mit der Gründung und setzte sich in tausenden kleinen Schritten immer weiter fort. Er ist unaufhaltsam eingeleitet und wird, wenn nicht gestoppt, immer weiterwachsen.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Die Bürokratiemonster Europäisches Parlament und Europäische Kommission sind gegenüber den Staaten, den Regionen und erst recht gegenüber den Bürgern zu autokratisch geführten Monstern geworden.

Um diese Konflikte, diesen gordischen Knoten zu lösen, ist die Erkenntnis, das es so ist, schon der erste Schritt in die richtige Richtung.

Sämtliche Politologen, Wissenschaftler, Politiker, Soziologen und vor allem jene, die über wirtschaftliche Aspekte und Folgen dozieren, erkennen zwar, dass die Bevölkerung Europas samt und sonders unzufrieden ist, dass die sogenannte Politikverdrossenheit stetig wächst, finden jedoch außer besänftigenden Phrasen keine umsetzbaren Lösungsvorschläge. Beispiele wie der Austritt Englands aus der EU lösen Zweifel aus, ob das ein richtiger Weg sein könnte. Angst vor unabsehbaren Folgen nimmt überhand.

Die instabile wirtschaftliche Gesamtsituation der Welt mit ihren negativen Auswirkungen wie Stagnation des Wirtschaftswachstums, Steigen der Inflationsraten, sowie Zoll-, und Handelskriege der Großmächte untereinander, lassen die Befürchtungen wachsen, dass ein Auseinanderbrechen der Europäischen Union die Lage für die einzelnen Staaten und somit in Folge auch für die einzelnen Regionen eher verschlimmern würde als verbessern. Man fühlt sich viel zu schwach als kleine Region wie Kärnten, Steiermark, Tirol, Bayern, Sachsen oder Elsass, um allein in der großen Welt bestehen zu können.

Die vielen kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine, in Gaza, in Israel, im Iran, in Afrika, in Afghanistan und überall rundherum, verstärken die Angst, allein als Region zu schwach zu sein. Die dominierenden Großmächte USA, Russland, Indien und China scheinen die Welt allein durch ihre Größe als Militärkraft und Wirtschaftskraft zu beherrschen. Europa steht derzeit als in sich zerrissenes Kleinkind dazwischen. Die Windeln sind voll, doch niemand wechselt sie.

An dieser Stelle wollen wir uns wieder besinnen, was uns Karl Marx erklärt: Die Proletarier, wie die arbeitende Bevölkerung damals hieß, wurden nicht nur von den Fabriksbesitzern, der Bourgeoisie, unterdrückt, sie waren auch Opfer von Konkurrenzkämpfen und Zwistigkeiten untereinander und gegeneinander. Marx und Engels arbeiteten ein System aus, dass dafür sorgen sollte, dass der private Großbesitz, das Eigentum der Bourgeoisie, welches durch die Arbeit der Proletarier entstand, auf die Proletarier verteilt werden sollte.

Kurz formuliert: Wenn die Erträge der Produktion nicht einzelnen privaten Unternehmern, sondern stets der Gemeinschaft gehören würden, könnte diese Produktivität nicht von gierigen Einzelnen angehäuft werden, sondern würde stets allen zugutekommen. Der Kapitalismus würde zerfallen.

Wenn sich nun, etwas weitergedacht, die Menschen einer Gemeinde bzw. eines Bundeslandes oder einer Region zusammenschließen, egal in welcher Fabrik oder

700 Regionen – Europa neu gedacht

Werkstatt nebenan welches Produkt produziert wird, könnte dieser gemeinsame Ertrag direkt von der Bevölkerung verwaltet und genützt werden.

In kleinen überschaubaren Regionen ist dies machbar. Das zeigt die gelebte Praxis in einzelnen Tälern und Ortschaften. Wenn diese einzelnen Regionen keine staatliche übergeordnete Verwaltung hätten, wie in unserem Beispiel die Bundesregierung Österreichs, würden alle Unkosten für diese übergeordnete Verwaltungsebene einfach entfallen.

Doch solch revolutionäre Ansätze regen in der Bevölkerung eher Angst aus als Sicherheit, weil sie sich, wie bereits beschrieben, allein zu klein und zu schwach fühlen, um gegen die Weltmächte antreten zu können.

Betrachten wir mal das Beispiel BHUTAN, ein kleines Land zwischen den Großmächten China und Indien mit einer Fläche von lediglich ca. 38.000 m² und 780.000 Einwohnern. Das BIP pro Kopf beträgt 16.000,- USD. Die Bhutaner sind bekannt als sehr fröhliche und zufriedene Menschen.

Vergleichen wir das z.B. mit der Provinz Extremadura im derzeitigen Spanien mit 41.000 km² und 1 Million Einwohnern. Das BIP pro Kopf liegt bei 15.000,- Euro, regiert und erdrückt von Spanien und der EU.

Wieso kann Bhutan als kleine Region zwischen den Riesen so gut bestehen und Extremadura könnte das nicht?

UNION DER 700 REGIONEN EUROPAS

Das Staatsbewusstsein der Bürger Europas wird künstlich hochgehalten als heilsbringende einzige Möglichkeit, während gleichzeitig allen Europäern das Europäische Bewusstsein verstärkt bewusst gemacht werden soll.

Die Tatsache, dass einzelne Staaten Europas andere Staaten Europas auswählen, „elitär“ genug zu sein um teilhaben zu dürfen, führt den Geist der Gemeinschaft Europa eigentlich schon ad absurdum. Von 41 Staaten Europas sind 27 Mitglied einer Union und 14 sind nicht gut genug dafür. Das ist eigentlich Diskriminierung und widerspricht direkt dem Geist der Union Europas. Das wollten die Gründerväter nicht.

Gemeinde, Region, Bundesland, Staat und Staatengemeinschaft sind zu viele Hierarchien, um bürgernah verwalten zu können. Das spüren die Bürger Europas und die Euphorie, die zu mehrheitlichen demokratischen Befürwortungen zum Beitritt in die EU geführt hatte, ist längst verflogen – sie hat stetig wachsendem Frust über die Abgehobenheit und enorme Distanz zwischen den Bürgern Europas und der Führungsspitze der Europäischen Union Platz gemacht.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Die Eliminierung der Ebene der Staaten, eliminiert die teuerste und defacto aktuell betreffend Gesetzgebung und Verwaltung überflüssigste Hierarchische Ebene und ermöglicht die Verwaltung der Regionen direkt aus den Regionen für die Regionen.

700 Regionen Europas vereinen sich freiwillig und gleichberechtigt zu einer Gemeinschaft: Die Union der 700 Regionen Europas anstatt der 27 Staaten der EU, bzw. 41 Staaten auf dem Kontinent Europa.

Alle 700 Regionen gleichzeitig, freiwillig und ohne Begrenzungen, Regeln und Vorgaben betreffend wirtschaftliche Kräfte, Religionen, ideologische Hintergründe, Kulturen oder Sprachen. Ohne dass eine stets eine andere unterdrücken und ausbeuten müsste. Ohne Vorschriften einiger weniger über die anderen.

Die Grundlage dieses Zusammenschlusses der 700 Regionen Europas soll sparsam und effizient sein. Basierend auf einer einfachen Verfassung.

Die Menschen der Union der 700 Regionen benötigen keine politischen Parteien, auch kein Ein-Parteien-System wie den Kommunismus. Solche Systeme haben in der praktischen Umsetzung nie funktioniert. Auch der von Marx und Engels entwickelte Kommunismus hat sich in der Praxis immer wieder als totalitäres Führungssystem entwickelt.

Für ein friedliches Zusammenleben benötigen wir eine gesunde Balance zwischen demokratischen Regeln und funktionierender Wirtschaft. Persönliche Leistungen von Menschen benötigt sowohl Motivation als auch Belohnung, doch Anhäufungsmöglichkeiten von privatem Kapital müssen unterbunden bleiben.

Alle 700 Millionen Menschen der Union der 700 Regionen sind gleichwertige Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten.

Die Regierungs-Struktur von unten nach oben

BÜRGERMEISTER

Jede Gemeinde wählt direkt ihre Bürgermeister.

REGIONSREGIERUNG

Alle Bürgermeister einer Region bilden gemeinsam die Regierung der jeweiligen eigenen Region (Landesregierungen). Sie wählen aus ihren eigenen Reihen einen Vorsitzenden.

Da die Regionen verschieden groß sind, also eine verschiedene Anzahl an Bürgermeistern aufweisen, können diese Regionsregierungen personell verschieden groß sein und nach Bedarf eigene Fachgruppen bilden. Diese werden besetzt mit

700 Regionen – Europa neu gedacht

fachlich geschulten Mitarbeitern und bezahlt von der Regionsregierung.
(Fachabteilungen der Landesregierungen).

BUNDESREGIERUNG

Die Staaten und ihre Bundesregierungen, Bundesräten und alle damit verbundenen Machtapparaten, Kammern, Parteien, etc. werden aufgelöst.

UNIONSREGIERUNG

Die Vorsitzenden der Regionsregierungen sind gleichzeitig die Delegierten Abgeordneten zum Parlament der Union der 700 Regionen. Sie bilden das Parlament der Regionen der 700 Regionen.

Für die Verwaltung und Exekutive werden Ministerien der Union gebildet.

ZEITRÄUME und WAHLEN

Welche Zeiträume können die einzelne Bürger in die Verwaltungsarbeit investieren?

Die Parlamente der Regionen und der Union sollen alle 3-5 Jahre neu gewählt und neu besetzt werden. Wichtig bleibt dabei, dass diese Personen direkt und persönlich gewählte Bürgermeister sind, die temporär gemeinsam regieren, anstatt von politischen Parteien eingesetzte Politiker.

Eine Wiederwahl dieser Personen könnte diskutiert werden. Nach kurzem Rückblick auf die Geschichte aller Parlamente zeigt uns jedoch, dass zu langes Verbleiben in solchen Positionen dazu führt, dass Korruption wächst, Machtgelüste der einzelnen Personen zu stark werden und sich eine zu lange auf denselben Sesseln sitzende Schicht bildet, die dazu neigt, sich selbst mit eigenen Interessen zu verselbstständigen.

Das Ziel dieser Konstellation ist es von Politikern regiert zu werden, die Bürger aus der Wirtschaft der einzelnen Regionen, Fachleute in ihren Berufen sind. Sie können ihr Fachwissen einbringen und nach diesen 3-5 Jahren wieder voll in ihre Berufe zurückkehren.

Fach-Politiker statt reiner Berufspolitiker könnten der Allgemeinheit auch vielen Millionen von Kosten für nicht offiziell genannte Berater ersparen, die derzeit alle Parlamente Europas wie Kometen umkreisen, ständig einschlagen und riesige Löcher in die Staatskassen reißen.

KOSTENSTRUKTUR und BUDGETS

Die aktuellen Kosten für Gehälter von Bundespolitikern in Europa samt ihren Ministerien und tausenden Beamten, gehen in die Milliarden. Dieses Geld fehlt der Wirtschaft, fehlt der Europäischen Konkurrenzfähigkeit gegenüber allen anderen außerhalb davon.

Die lokalen regionalen Verwaltungen und Landesparlamente können bleiben, wie sie sind, aber auf reine Verwaltungsebenen reduziert werden. Die Bürgermeister, Stadträte und Gemeinderäte könnten, da sie nicht mehr die übergeordnete Ebene Bundesstaat, Staatsverwaltung und Bundes-Parlament bedienen müssten, die Einnahmen aus Steuern und erwirtschaftetem Kapital selbst verwalten und sich einteilen nach eigenem Bedarf.

Die Verwaltungskosten der Union der 700 Regionen Europas wären insgesamt dramatisch reduziert im Vergleich zur aktuellen Kostenstruktur der EU und ihren Staaten.

Die Union funktioniert auf Basis einer 3-5-Jahres-Planung, sowohl überschaubare Zeitrahmen als auch solide Dimension für Planungssicherheit.

EINNAHMEN der REGIONEN

Einnahmen für die Regionen sind die erwirtschafteten Gewinne aus Produktion und Vertrieb der eigenen Wirtschaftsbetriebe, dem Handel, den Fabriken, Manufakturen, der Forstwirtschaft, Viehwirtschaft, Fischerei, Tourismus, etc.

Da sowohl die Grundstücke und Immobilien der Produktionsbetriebe der Gemeinschaft gehören, gibt es keine privaten Einzelunternehmer, sondern immer die Gemeinschaft verdient und vermehrt ihr Einkommen für sich selbst. 100 % des Ertrags kommen allen Bürgern der Region zugute.

KOSTEN und AUSGABEN der REGIONEN (EINKOMMEN der BÜRGER)

Alle Bürger der Union erhalten ein monatliches bedingungsloses Grundeinkommen in angemessener Höhe für den täglichen Lebensbedarf. Wohnungslose Bürger soll es nicht geben.

Alle Bürger erhalten ein zusätzliches Einkommen für alle Arbeitsleistungen, die sie erbringen, jeweils als Angestellte der Region, verwaltet vom Gemeinderat, bzw. der Regions- und der Unionsregierung.

Alle Einkommen der Bürger sind unabhängig von Berufen und Berufsgruppen, egal ob Landarbeiter, Lehrer, Arzt oder Politiker gleich hoch. Jede Einteilung in Berufsgruppen

700 Regionen – Europa neu gedacht

gekoppelt mit Einkommensunterschieden würde sofort privaten Kapitalismus entstehen lassen und ist daher abzulehnen.

Zur Abgeltung der wachsenden Berufserfahrung ebenso wie der Inflation, erhöht sich jedes Einkommen jährlich um 2 Prozent.

Falls jemand zwischendurch aussetzt, längere Arbeitspausen einlegt, beginnt die Berechnung des Gehalts von neuem von seinem letzten Niveau weg.

Alle Kosten für Kindergärten, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Altenheime, Pensionen, etc., von der Wiege bis zur Bahre werden von der Gemeinschaft getragen.

FACHGRUPPEN und MINISTERIEN

Für die Vorbereitung der Gesetze der Union sowie deren Umsetzung und Exekution werden Fachgruppen (Experten/Ministerien) gebildet, ähnlich der EU-Kommission mit derzeit 27 Kommissaren in den Fachbereichen bzw. die Ministerien der Staaten.

Diese Fachgruppen der Union der 700 Regionen werden aus Fachleuten der Berufsgruppen gebildet, formiert wie Abteilungen einer Firma, mit jeweils zwei Geschäftsführern, die alle Entscheidungen stets mit 4-Augen-Prinzip treffen. Diese zwei Geschäftsführer werden ausgewählt und nominiert von den Regionsregierungen bzw. der Unionsregierung.

Die Anzahl der Mitarbeiter kann je nach Bedarf variieren. Sie werden von den Regionsregierungen bzw. der Unionsregierung vorgeschlagen, bestellt und angestellt. Da es beruflich angestellte Fachkräfte sind, ist ihre Arbeitsdauer prinzipiell nicht begrenzt. Diese Fachmitarbeiter haben kein Stimmrecht im Parlament.

Fachmitarbeiter können sowohl promovierte Wissenschaftler als auch Arbeiter, Tischler, oder Bäcker sein, was auch immer. Jedenfalls Fachkräfte ihrer Metiers. Damit werden sämtliche Querelen, die Parteikämpfe untereinander und gegeneinander, die derzeit die gesamte politische Arbeit überschatten und behindern, ausgeschaltet. Da es keine politischen Parteien mehr gibt, entfallen parteipolitische ideologische Grabenkämpfe und daran geknüpfte Kompromisslösungen.

Karl Marx und Friedrich Engels hatten vor 150 Jahren eine großartige Idee entwickelt, wie die Gemeinschaft der Menschen miteinander funktionieren könnte, ohne dass eine kleine Gruppe intelligenter Finanzgenies alle anderen als Spielzeuge und Werkzeuge missbrauchen können. Daraus hat zuerst Lenin, dann Stalin und dann einige weitere Politiker wie Mao Ein-Parteien-Diktaturen mit autokratischem Führungsstil und starker Machtausübung gegenüber der eigenen Bevölkerung entwickelt.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Diese Idee der 700 Regionen Europas basiert auf den wichtigsten Grundregeln: Respekt, Menschenrechte, gemeinsames rücksichtsvolles Miteinander. Direkte Persönlichkeitswahlen anstatt Parteiwahlen, und vor allem kein Privat-Kapitalismus, der immer und unweigerlich dazu führt, dass manche reicher und viele ärmer werden.

Die Auflistung der Facharbeitsgruppen, aufgeteilt in Ministerien, dient der Darstellung der Möglichkeiten, eine solche Union der 700 Regionen Europas tatsächlich realistisch zu organisieren. Es soll nicht eine fertige Gebrauchsanleitung sein für diejenigen, die eines Tages tatsächlich diese Idee in die Praxis umsetzen wollen, sondern Orientierung.

Jede Region der Union der 700 Regionen Europas funktioniert in diesem System autark für sich selbst, sollte, kann und soll mit dem Selbstverständnis der Menschlichkeit regionsübergreifend kooperieren und sich ergänzen, wo immer erforderlich.

Die Struktur jeder Gemeinschaft jeder der 700 Regionen besteht aus denselben Bedürfnissen. Die Gewichtung mag unterschiedlich sein, doch die benötigte Struktur und Verwaltung ist überall dieselbe. Für die kostengünstigste und gleichzeitig sinnvollste Aufteilung von „was wird in der Region selbst direkt erledigt und was bedarf übergeordneter Verwaltung durch die Union der 700“, gilt es einfache Regelungen zu finden.

Jeder dieser Bereiche ist in jeder Region gewachsen und funktionell bereits vorhanden. Eine Neuordnung der Regionen in eine direkte Verwaltungsunion ohne übergeordnete und zwischengeschaltete Staatsregierungen, jedoch vereint und abgestimmt mit den 700 Regionen Europas, könnte teilweise auch vollkommen neue Perspektiven ergeben.

Selbstverständlich können niemals alle Regionen Europas dieselben Quantitäten und Qualitäten von z.B. Schulen, Universitäten und Krankenhäusern bereitstellen, auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind in jeder Region anders. Wo die eine mehr landwirtschaftlich strukturiert ist, lebt eine andere eher vom Tourismus, eine weitere konzentriert vielleicht mehr industrielle Produktion in ihrem Gebiet.

Die aktuelle Struktur der Gesetzgebung neigt dazu, möglichst jedes noch so kleine Detail durch Gesetze und Vorschriften zu regeln. Eine Vereinigung der 700 Regionen Europas könnte hier, da auch die Gesetzgebung volksnah funktioniert, sehr viel mehr auf Eigenverantwortung der Bürger setzen und die Flut der Gesetze eindämmen.

In manchen Bereichen wird es übergeordnete Regeln brauchen, wie z.B. bei der Verkehrsstruktur, der Legislative, dem Schulwesen und der Polizei, hingegen z.B. bei Kindergärten und Sozialbetreuung könnte jede Region nach eigenem Bedarf Strukturen schaffen, finanzieren und pflegen.

Ministerien funktionieren daher sowohl auf Ebene der Union als auch im kleineren Maßstab auf Ebene der Regionen. Auf der Ebene der Union müssen alle Ministerien der Regionen als Ansprechpartner für die Regionen abgebildet sein.

Ministerium für Verwaltung und Finanzen

Verwaltung

Die Verwaltung aller Belange der Regionen erfolgt autark in den Regionen selbst.

Das Parlament der Union erstellt und beschließt sein Budget für übergeordnete Verwaltungsarbeit, Repräsentationen innerhalb und außerhalb der Union der 700 Regionen und sonstige Kosten.

Meldepflicht

Jeder Bürger ist gemeldet an seinem Wohnsitz. Dazu ist kein separates Wohnsitzamt erforderlich. Im Eintrag am Finanzamt, in dem jeder Bürger registriert ist, steht auch die Wohnadresse und somit die Zugehörigkeit zur Region.

Die Meldepflicht ist unabdinglich, da alle behördliche Abgaben, Einzahlungen und Auszahlungen durch das Finanzamt verwaltet werden.

Finanzamt

Das Finanzamt in der Union der 700 funktioniert auf Basis von Zweigstellen in jeder der Regionen. Die Speicherung und Verwaltung aller persönlichen Daten sind zentralisiert. Alle Bürger sind im Finanzamt registriert. Alle Steuern und Abgaben werden direkt an das Finanzamt bezahlt. Alle Auszahlungen der Union der 700 an ihre Bürger erfolgen durch das Finanzamt als einzige Auszahlungsstelle (Gehälter, Pensionen, Krankengeld, Zollgebühren, etc.) Dadurch werden die derzeitigen Mehrgleisigkeiten und Überschneidungen verschiedener Kassen, etc. vermieden. Es gibt keine Separaten Ämter für Pensionsverwaltung, Krankenkassen, etc.

Haushalt / Budget

Jeder Fachgruppe erstellt, zeitgleich im Rhythmus mit den Wahlen der Abgeordneten ihr Budget. Dieses Budget wird von den Abgeordneten mit einfacher Mehrheit beschlossen. Nachträgliche Korrekturen bedürfen ebenfalls Beschlüsse des Parlaments der Abgeordneten.

Währung

Die Währung EURO bleibt erhalten als Zahlungsmittel innerhalb der Union der 700, selbstverständlich mit internationalem Werterhalt.

Banken, Geldwirtschaft

Alle Banken, Geldinstitute und Finanzinstitute werden übernommen von der Verwaltung der Regionen und in den Regionen selbst betrieben und verwaltet, z.B. als Bank Tirol, Bank Bayern, Bank Paris, Bank Katalonien, etc. Privatbanken sind nicht zulässig. Alle regionalen Banken bilden eine Bankenunion. Die Steuerung der

700 Regionen – Europa neu gedacht

Geldwirtschaft, der Zinspolitik und der Kreditpolitik erfolgt durch diese übergeordnete Zentralbank/Notenbank der Union.

Steuern

Steuern werden innerhalb der Regionen von den Bürgern nicht eingehoben, da alles Eigentum, abgesehen von persönlichem privaten Besitz wie Wohnung, Haus und Auto der Gemeinschaft gehört.

Ministerium für internationale Angelegenheiten und Handel

Internationale Angelegenheiten

Für die Pflege internationaler Angelegenheiten, sozusagen auf Außenminister- und Präsidentenebene der Staaten außerhalb der Union der 700, handelt dieses Ministerium stets zum Wohle der Union betreffend Handels-, Gesellschafts- und kulturelle Angelegenheiten, sowie der Wahrung des Friedens.

Zoll, Import, Export, Internationaler Handel

Zoll wird innerhalb der Union der 700 nicht erhoben.

Waren, die importiert werden in die Union, sind prinzipiell zu verzollen mit 20 - 30 % auf den Warenwert. Dieser Zoll soll nicht mit Freihandelsabkommen mit anderen Staaten, Staatengemeinschaften oder Kontinenten untergraben oder aufgehoben werden können, unabhängig davon wieviel Zoll andere für ihre Importe verlangen.

Importe von Bürgern direkt werden ebenfalls mit 20 - 30 % Zoll belegt (Autos, Boote, Sportartikel, sonstige Handelswaren für privaten Gebrauch)

Der Handel ist international frei, Import und Export von Handelswaren unterliegen einem Handelsgesetz, da giftige und gefährliche Stoffe, Chemikalien, etc. Beschränkungen unterliegen können.

Ministerium für Justiz

Jedes Gesetz, das alle Regionen betrifft, wird auf Antrag der zuständigen Abgeordneten, bzw. der Experten, vom Unions-Parlament mit einfacher Mehrheit beschlossen.

Es wird größte Bedachtsamkeit daraufgelegt, die Anzahl neuer Gesetze nur nach wirklicher Notwendigkeit zu beschließen. Überflüssige und schikanöse Gurkenkrümmungsgesetze wie derzeit in der EU praktiziert, sollte es nie mehr geben.

Alle Gesetze, die das gemeinsame Zusammenleben aller Bürger der Regionen und der Union betreffen, werden mit einfacher Mehrheit beschlossen.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Verfassungsgesetze benötigen eine 2/3 Mehrheit.

Gesetze, die lediglich innerhalb einer einzelnen Region wirken sollen, werden auch nur innerhalb der Regionen beschlossen vom der Regionalverwaltung (Landesregierung).

Für Gesetzesverstöße auf Basis der Regionsgesetze sind jeweils Regionsgerichte zuständig (Bezirksgerichte und Landesgerichte). Auch die Richter sind Angestellte der Regionsverwaltung.

Für Gesetzesverstöße betreffend die übergeordnete Union der 700 Regionen sind aufgrund der geografischen Dimension der Union der 700 vermutlich 5 oder 6 Unionsgerichte zu bilden. Jeweils eines für Süden, Norden, Osten, Westen, Südwesten und Zentrum.

Die Gerichtsbarkeiten dazu werden vom Parlament der Union der 700 eingesetzt, finanziert und kontrolliert als übergeordnete Instanz. Für diese könnte ein Oberster Gerichtshof, wie aktuell in der EU, sinnvoll sein.

Die Berufungsinstanzen sind somit Bezirksgericht, Regionsgericht, Unionsgericht und Oberster Gerichtshof. Das sollte reichen.

Dies umfasst sowohl Arbeits-, Sozial und Wirtschaftsgesetze, als auch das Strafgesetz. Gesetze, die von der Union der 700 erlassen werden, sind automatisch vollinhaltlich gültig in allen Regionen. Die Regionen selbst können jedoch zusätzlich und unabhängig Verwaltungsgesetze beschließen, die nur in ihrer Region exekutiert werden (z.B. lokale Verkehrsregelungen).

Ministerium für Sicherheit

Sicherheit, Exekutive, Polizei

Die Mitarbeiter der Exekutive, sprich der Polizei sind Angestellte der Regionen, jedoch mit unionsweit einheitlichem Ausbildungsstandard. Es soll keine übergeordneten separaten Exekutiven geben, auch nicht Wachdienste, etc. Der Bedarf an Personal wird von der Region selbst definiert und bereitgestellt, wobei jedoch die Union überregionale Zuteilungen veranlassen kann, z.B. bei größeren Festen, Veranstaltungen, etc.

Die Hierarchien innerhalb der Exekutive mögen so bleiben wie bisher, mit jeweils einem Polizeichef in jeder Region und aus ihren Reihen einem gewählten Chef auf Unionsebene, angeordnet im Ministerium für Sicherheit.

Gefängnisse werden umbenannt in REHA-Zentren, weil das Ziel des Vollzugs von verhängten Strafen nicht einfach eine Zeitspanne sein soll, sondern die Heilung einer Krankheit. Übertretung von Gesetzen wie Diebstahl, Raub, Betrug, Vergewaltigung etc.

700 Regionen – Europa neu gedacht

soll als Krankheit erkannt und entsprechend behandelt werden. Resozialisierung ist das oberste Ziel, anstatt Zeitstrafen wie bisher.

REHA-Zentren können nach Bedarf offener oder geschlossener geführt werden. Um Kriminalitätstourismus von außerhalb der Union der 700 zu minimalisieren, sind die REHA-Zentren für Ausländer generell geschlossener und zielen in erster Linie auf Abschiebung der Personen in ihre Ursprungsländer ab. Optional oder zusätzlich zu REHA-Behandlungen können auch Geldstrafen verhängt werden.

Militär, Katastrophenhilfe, Marine

Um nach außen hin verteidigungsfähig zu sein, benötigt die Union der 700 ein übliches Militär.

Es wird darauf gezielt, das Personal (sowohl männlich als auch weiblich) auf freiwilliger Basis zu rekrutieren.

Ein Teil der Attraktivität des Militärs ergibt sich aus dem Bereich Katastrophenhilfe, die ebenfalls damit abgedeckt wird, sowie der Kontrollfunktion der Außengrenzen. Damit wird ein separater Zollapparat überflüssig.

Das Militär der Union soll selbstverständlich alle üblichen Ausbildungen und Hierarchien abdecken sowie Waffengattungen und Ausrüstungen nach neuestem Standard. Das erklärte Ziel ist jedoch ausschließlich Verteidigung. Per Verfassung verboten ist jede Art von Angriffen nach außen (inkl. sogenannter Präventivangriffe).

Die Union versteht sich politisch und militärisch als absolut neutral gegenüber allen anderen Ländern, Regionen, Staaten und Kontinenten außerhalb und darf sich niemals auf irgendein Bündnis mit anderen potentiellen Kriegsparteien einlassen.

Die Marine ist Teil des Militärs.

Ministerium für Soziales, Bildung und Sprachen

Gesundheitswesen, Krankenhäuser, Ärzte, REHA-Zentren

Die Union der 700 Regionen legt großen Wert auf ein maximal mögliches, bestmögliche und modernste medizinisches Angebot.

Jeder Bürger, jede Bürgerin hat kostenlosen Zugang zu allen üblichen medizinischen Betreuungen, und zwar Regionen-übergreifend. Jeder Tiroler wird in Bayern genauso behandelt wie jeder Steirer in Wien oder in Brüssel. Es darf keine Abweisungen oder Bevorzugungen geben.

Logischerweise werden die meisten Bürger in die nächstgelegenen Kliniken zur Behandlung gehen, es können sich jedoch auch Kliniken mit besonderen Spezialisierungen bilden, die für ihre Fachbereiche international zur Verfügung stehen,

700 Regionen – Europa neu gedacht

wie auch niedergelassene praktische Ärzte und Fachärzte und Ambulanzen aller Arten. Sowohl der klassischen Medizin als auch alternativen medizinischen Möglichkeiten wie Akkupunktur, Kräuterkunde, etc. soll Raum gegeben werden.

Jede Klinik gehört der einzelnen Region und wird von der Region selbst verwaltet. Dies bewirkt selbstverständlich einerseits ein gewisses Konkurrenzdenken der Regionen untereinander, bedarf jedoch auch gegenseitiger Unterstützungen, da sicherlich nie alle Regionen selbst dieselbe Anzahl und Ausprägung von Kliniken und Ärzten haben kann.

Private Ärzte und privat geführte Kliniken werden weder benötigt noch gestattet.

Bezahlt werden sowohl die Kliniken als auch das Personal von den Regionen. Notwendige Behandlungen stehen den Bürgern kostenlos zur Verfügung.

Private Sonderwünsche, wie zum Beispiel nicht medizinisch notwendige Schönheitsoperationen, sollen von den Bürgern selbst bezahlt werden, ebenso wie Patienten von außerhalb der Union der 700 anfallende Kosten selbst zu tragen haben.

Ausbildung, Schule, Kindergärten, Universitäten, Forschung

Krabbelstuben, Kindergärten und Schulen werden innerhalb jeder Region kostenlos allen Bürgern zur Verfügung gestellt. Die Budgets dafür werden von den Regionen selbst erstellt und verwaltet. Es kann durchaus sein, dass ein spezialisierter Schultyp von Kindern/Jugendlichen anderer Regionen besucht werden wollen. Das wird sich ausgleichen über die Grenzen der Regionen hinweg.

Die Ausbildungssysteme Europas sind historisch unterschiedlich gewachsen und ausgeprägt. Das Schulsystem aller 700 Regionen soll angepasst, harmonisiert und vereinheitlicht werden. Besonders für den freien Personenverkehr und die angestrebten Bildungsstandards ist es wichtig, dass die Anzahl der Schuljahre für Volksschulen, Mittelschulen und Gymnasien in der gesamten Union ident sind, d.h. 4 Jahre Volksschule, 6 Jahre Primary School oder 9 Jahre Gesamtschule sollten angeglichen und vereinheitlicht werden. Die Lehrpläne, insbesondere das Maturaniveau, sollten aufeinander abgestimmt und harmonisiert sein. Eine frühe Einschulung mit z.B. 4 Jahren kann durchaus sinnvoll sein, auch zur Entlastung der Kindergartenstruktur.

Private Schulen, die eine parallele Struktur zum öffentlichen System bilden, sind nicht zulässig. Die durch private Schulen entstehenden Klassenunterschiede schaden einer harmonischen Gesellschaft und entwickeln neuen Kapitalismus.

Dies betrifft ebenso die Universitäten, die in der gesamten Union der 700 staatlich verwaltet sind, durchaus jedoch mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Ausrichtungen, sowohl betreffend Angebote als auch Forschungen.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Im Zuge dieser neuen Strukturierung ergibt sich die Gelegenheit einer flächendeckenden Optimierung und Harmonisierung der Bildung. Die Europäischen Völker müssen nicht untereinander konkurrieren, sondern gemeinsam besser, moderner und stärker werden.

Sozialwesen, Pensionen

Die Union der 700, resp. die Regionen selbst direkt stellen alle erforderlichen Leistungen für Sozialbetreuung, Pensionen, Kinderbetreuung, Ausbildung, etc. zur Verfügung. Alle Auszahlungen erfolgen direkt durch das Finanzamt, nicht durch separate Kassen und Institutionen.

Das Pensionssystem funktioniert nicht mehr mit Altersgrenzen, sondern ausschließlich auf Basis von Einzahlungsjahren. Wer jünger zu arbeiten beginnt, kann eben früher in Pension gehen, als jemand, der z.B. länger studiert und später zu arbeiten beginnt. Die Pensionsberechtigung beginnt generell nach 40 Arbeitsjahren (= 100 % Pensionsanspruch). Die Pension wird ausbezahlt wie ein Gehalt, allerdings nur noch 60 % davon, da ja das bedingungslose Grundeinkommen ebenfalls lebenslang erhalten bleibt, von der Wiege bis zum Grabe. Vorgefertigte Ausnahmen von den 40 Jahren Arbeitszeit muss es nicht geben, sondern wer sein Arbeitsleben früher beenden will, verringert seine Pension prozentuell.

Mütter erhalten während der Dauer der Pflege ihrer Babys ein Gehalt wie jeder arbeitende Bürger. Üblicherweise für das erste Lebensjahr des/der Babys, im Bedarfsfall länger. Von sonstigen Tätigkeiten werden sie in diesen Zeiträumen freigestellt. Ab dem sechsten Lebensmonat der Babys können Väter alternativ zu den Müttern bezahlte Karenz in Anspruch nehmen.

Sprachen

Die Vielzahl und Lebendigkeit der Sprachen und Kulturen sind ebenso schätzenswert wie erhaltenswert. Aber nicht um jeden Preis.

Selbstverständlich werden die Basken weiterhin Baskisch sprechen und die Slowenen weiterhin Slowenisch, aber für alle übergeordneten Kommunikationen soll eine einzige Sprache reichen. Im Zeitalter der totalen digitalen Kommunikation, Übersetzungsprogrammen in allen Handys und Computern, ist es vollkommen irrsinnig jeden Gesetzestext, jedes Parlamentsprotokoll in jede der 50 Sprachen zu übersetzen, die in Europa praktiziert werden.

Alle Kinder Europas lernen bereits ab dem Kindergarten mindestens eine Zweitsprache, und zwar Englisch. Es soll damit nicht der gesamte Kontinent Englifiziert werden, aber die Kommunikation wird vereinfacht.

Aktuell ist die große Mehrheit der Bevölkerung in Europa sattelfest in Englisch.

Die einheitliche Amtssprache innerhalb der Union wird daher **Englisch**. Die Regionen dürfen parallel dazu ihre traditionellen Sprachen auch weiterführen, z.B. in Ortstafeln

700 Regionen – Europa neu gedacht

oder sonstigen offiziellen Schriften, stets jedoch in Kombination mit englischen Bezeichnungen.

Ministerium für Menschenrechte und Frieden

Menschenrechte

Die Union der 700 erklärt die Menschenrechte, insbesondere die Gleichheit aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Alter oder Religion zur Grundlage des Zusammenlebens.

Personen, die aus kriegesischen Ländern und Kriegsgebieten flüchten, können in der Union der 700 Asyl beantragen und erhalten dieses, solange der Krieg in ihren Herkunftsländern andauert. Wirtschaftsflüchtlinge sind nicht asylberechtigt.

Asylwerber mit erteilter Aufenthaltsgenehmigung sind für die Dauer dieser Genehmigung verpflichtet zu gemeinnütziger oder sonstiger Arbeit, dürfen aber auch allgemeine Leistungen der Union der 700 wie Bahn- und Busfahrten, Krankenhäuser, etc. in Anspruch nehmen.

Die Unterbringung der Asylanten erfolgt prinzipiell in Privathäusern. Falls diese nicht ausreichend verfügbar sind, wird der Asylant in andere Regionen verbracht, die genug Kapazität anbieten. Falls keinerlei private Unterbringungen möglich sind, können die REHA-Zentren dazu benützt werden.

Die Erlangung der Bürgerschaft als vollwertiges Mitglied der Union der 700 ist möglich nach einem durchgehenden Aufenthalt von 5 Jahren, dem Erlernen der englischen und der lokalen Sprache seiner Region, einem Antrag des Bürgermeisters und der Vereinigung der Bürgermeister einer Region, dem Nachweis einer geregelten Arbeit und dem Beschluss des Parlaments der Union der 700.

Frieden

Die jährliche Vergabe eines Friedenspreises der Union ist ein erstrebenswertes, ehrenhaftes Ziel, wird öffentlich zelebriert und mit einer angemessenen Geldsumme dotiert. Die Bewahrung des Friedens innerhalb der Region als auch für Bestrebungen zum Erreichen des und dem Erhalt des Friedens außerhalb der Union bilden die Grundlage dafür.

Ministerium für Kunst und Kultur

Kunst und Kultur sind wichtige Säulen einer funktionierenden Gesellschaft. Die Regionen unternehmen daher alles, um ihre Künstler aller Arten und Richtungen zu fördern und zu unterstützen. Besser einen Künstler zu viel gefördert, als ein Kunstprojekt versickern zu lassen.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Kulturförderung ist regionale Angelegenheit. Dazu können sich auch temporär und projektbezogen mehrere Regionen zusammen engagieren für besondere Kunstprojekte.

Eine übergeordnete Unions-Kultur zu fördern, erscheint daher nicht als förderlich, weil eine solche Prioritäten verschieben und unterschiedliche Wertungen ergeben könnte.

Ministerium für Arbeit, Wirtschaft, Forschung und Entwicklung

Eine funktionierende Wirtschaft ist die Basis einer gesunden Entwicklung einer Gesellschaft. Aufgrund der großen flächenmäßigen und personellen Dimension wäre ein solcherart vereintes Europa der Regionen enorm leistungsfähig mit guter und gesunder Konkurrenzfähigkeit gegenüber den anderen Kontinenten.

Insbesondere der Entfall mehrere politischer hierarchischer Ebenen und aller damit verbundenen Kosten steigert die Produktionsrentabilität aller Arten von Produkten und Dienstleistungen.

Innerhalb der Union entfallen alle Export- und Importförderungen. Damit kann viel von aktuell unnötigen Gütertransporten über derzeitige Europäische Ländergrenzen hinweg vermieden werden. Wenn es keine solchen Förderungen gibt, werden keine Oliven mehr von Griechenland nach Bulgarien gefahren, um dort entkernt zu werden, dann nach Italien, um verpackt und nach Deutschland zum Konsumenten transportiert zu werden. Kurze direkte Wege von der Produktion (auch der Landwirtschaft) zu den Konsumenten senken die Kosten, ergeben aber auch die Möglichkeiten des Exports nach außerhalb der Union zu konkurrenzfähigen Preisen.

Wohnungsbau, Architektur

Jeder Bürger hat Anrecht auf entweder ein Stück Land mit einem Wohnhaus darauf oder eine Wohnung für sich selbst und seine Angehörigen, kauft diese aber von seinem selbst verdienten Geld.

Hausbau kann exklusiv für private Wohnzwecke von den Bürgern selbst finanziert werden.

Wohnhäuser, Mietshäuser, Pensionen, Hotels, etc. für kommerzielle Vermietungen sind im Besitz der Region. Kommerzielle Vermietung privater Wohnungen ist nicht zulässig, da ein solches Möglichkeit sofort neuen Kapitalismus kreieren würde.

Architektur ist frei von Verordnungen, die optische oder gestalterische Möglichkeiten betreffen. Selbstverständlich ist die Fachgruppe Architektur jeder Region für die technische Ausführung zuständig und verantwortlich mittels entsprechender Genehmigungsverfahren.

700 Regionen – Europa neu gedacht

Jede Gemeinde, jede Region achtet darauf, dass neue Flächenversiegelung so gering als möglich, nur im Falle unbedingter Notwendigkeit genehmigt wird. Bisherige Förderungssysteme, die Neubauten als kostengünstiger gegenüber Renovierungen und Umbauten darstellen, gelten als verboten. Solche Vorgehen zerstören unseren Planeten. Besonders Hochwasser- und Lawinenschutz sind hohe Prioritäten.

Privater Handel von Häusern, Immobilien und Grundstücken der Bürger untereinander ist nicht gestattet, da solche Möglichkeiten sofort privaten Kapitalismus schaffen.

Im Falle von Ableben der Eigentümer übernimmt die Region die Eigentümerschaft und Verantwortung für solche Immobilien. Bürger, die in andere Regionen übersiedeln wollen, können ihre Immobilie an die Region verkaufen und können in der Zielregion eine neue Immobilie von der Region erwerben.

Ministerium für Energiewirtschaft

Energiewirtschaft, Strom, Gas, Öl, Kohle, Wasser

Die gesamte Energiewirtschaft muss im Gemeinbesitz sein um die Energie, insbesondere Strom, kostenlos an alle Haushalte und Fabriken liefern zu können. Rohstoffe wie Gas, Öl und Kohle werden innerhalb der Union produziert und niemals aus Gründen des finanziellen Tauschhandels und für kurzfristige Gewinne gleichzeitig exportiert und importiert.

Es ist ein erklärtes Ziel die gesamte Union energieautark zu gestalten, wobei insbesondere Wasserkraft, Solarenergie und Windkraft im Vordergrund der Interessen stehen, aber nicht dergestalt, dass die Energieunabhängigkeit leiden müsste. Grüne Energie ist schön und gut, aber nicht zwingend über der Wirtschaftlichkeit und der Autarkie.

Atomenergie wird generell minimiert und wenn möglich eliminiert. Das Endlagerungsproblem ist nach wie vor nicht gelöst und die Kosten dafür sind enorm.

Die Wasserversorgung, insbesondere Trinkwasser wird als Selbstverständnis allen Bürgern der Union kostenlos und in bestmöglicher Qualität zur Verfügung gestellt. Import von Trinkwasser von außerhalb der Union, insbesondere sogenanntes Markentrinkwasser in Flaschen soll möglichst vermieden, gegebenenfalls mit höherem Zoll belegt werden.

Die Produktion und Verwaltung des Trinkwassers ist Angelegenheit der Regionen, kann aber selbstverständlich, je nach Bedarf, an andere Regionen geliefert werden.

Ministerium für Verkehr und Tourismus

Verkehr, Straßenbau, Bahn, Aeronautik

Alle Straßen und Bahnlinien, die regionsübergreifend verbinden, sollen gemeinsam von der Union der 700 Regionen finanziert, verwaltet und erhalten werden. Insbesondere Autobahnen, Schnellstraßen, Hochleistungsbahnstrecken, etc.

Die bisherigen Gemeinde- und Landesstraßen werden von den Regionen selbst finanziert, verwaltet und erhalten, ebenso wie Bahnhöfe und Flughäfen, die als Geschäftsbereiche geführt werden. Selbstverständlich im Eigentum und zum Wohle der Regionen. Private Betriebe, wie z.B. ASFINAG, gibt es nicht mehr.

Alle Bahnfahrten und Busfahrten sind für alle Einwohner der Union der 700 kostenlos zu benutzen. Besucher von außerhalb der Union der 700 kaufen sich bei der Einreise, oder während des Aufenthalts Öffi-Tickets, die für Bahnfahrten und Busfahrten gültig sind auf Basis von Tages-, Wochen-, Monats-, oder Jahrestickets.

Es wird weiterhin kleine Regionalflughäfen und große internationale Flughäfen geben, welche die Union mit dem Rest der Welt verbinden. Diese werden von den Regionen verwaltet und betrieben, Großteils wie bisher.

Alle Europäischen Fluglinien wie Lufthansa, Aua, Swissair, etc. werden enteignet und übernommen zu Regionalen Fluglinien (Bayern-Air, Madrid-Air, Berlin-Air, etc.) oder Unions-Fluglinien in Verwaltung und Eigentum der Union. Fluglinien im Privatbesitz sind nicht zulässig.

Privateigentum der Bürger von Fahrrädern, Mopeds, PKWs, LKWs, etc. ist zulässig, nicht jedoch für kommerziellen Betrieb. Fahrzeuge aller Arten für gewerblichen Betrieb sind im Eigentum der Fabriken und Unternehmen, die jedoch wiederum im Eigentum der Regionen sind.

Die Tickets für Flugreisen werden von den Unions-Bürgern bezahlt, je nach Distanz der Flüge. Internationale Fluglinien von außerhalb der Union der 700 werden gehandhabt wie bisher.

Die Verkehrsverordnungen aller Regionen sollen aufeinander abgestimmt werden. Derzeit ist die Europäische Union betreffend diese Regeln ein fürchterliches, für die Bürger unzumutbares Chaos. Ein Gesetzesfleckenteppich. Lediglich regionale Verordnungen wie z.B. Park-, und Geschwindigkeitsregelungen auf Gemeindestraßen sollen von der Region selbstständig gestaltet werden.

Das System der Registrierung (Nummerntafeln) soll regional bleiben, aber mit einheitlichen Standards für die gesamte Union, und einem zentralen Register.

Alle Straßen, auch Autobahnen, sollten mautfrei von allen Bürgern befahren werden dürfen, da die Finanzierung und der Erhalt von allen Bürgern über ein gemeinsames

700 Regionen – Europa neu gedacht

Budget getragen werden. Autofahrer, die von außerhalb der Union der 700 einreisen mit PKW oder Motorrad, zahlen eine pauschale Straßenbenützungsgebühr auf Tagesbasis im Verhältnis zur Zeit, die sie in der Union verbringen.

Tourismus, Vermietung, Reisen

Der Tourismus ist und bleibt eine der wichtigen Einnahmequellen sowohl innerhalb der Union als auch von Besuchern von außerhalb. Tourismus ist Zuständigkeit der Regionen. Private Vermietung ist nicht zulässig.

Alle Bürger innerhalb der Union genießen volle Reisefreiheit und Arbeitsfreiheit am Ort ihrer Wahl.

Tourismus-Unternehmen und Reisebüros sind im Besitz und in Verwaltung der Regionen bzw. der Union der 700. Die Einnahmen dieser Unternehmen durch Besucher von außerhalb fließen in die Gemeinschaft.

Hotels, Mietshäuser und alles Eigentum, das über den persönlichen Bedarf hinausgeht, gehören der Gemeinschaft, der Region.

Dieses Grundgesetz ist die wichtigste Basis zur Vermeidung von Bildung privaten Kapitalismus. Betreiber von Hotels, Pensionen sind somit Teil der Gemeinschaft, Mitarbeiter, nicht Einzelunternehmer. Ihr Einkommen erhalten sie, so wie alle anderen Bürger vom Finanzamt. Die Einnahmen der Betriebe fließen an das Finanzamt.

Ministerium für Umwelt und Ernährung

Landwirtschaft, Viehwirtschaft

Landwirtschaftlicher Grund sowie landwirtschaftliche Betriebe und Viehwirtschaft ist im Eigentum und in der Verwaltung der Regionen. Ihre Betreiber sind Angestellte der Gemeinschaft, erhalten Lohn wie jeder andere arbeitende Bürger.

Forstwirtschaft, Landschaftspflege, Gebirge, Seen und Flüsse

Jedes Gebiet innerhalb der Union der 700, das nicht als Wohnhaus im Privatbesitz ist, befindet sich im Eigentum der Region.

Förster verwalten und pflegen die Wälder Namens der Gemeinschaft, werden bezahlt von der Gemeinschaft und erwirtschaften Einnahmen für ihre Gemeinschaft. Insbesondere auch Holzwirtschaft.

Für zusätzliche Pflege von Landschaft, Gebirge, Seen und Flüssen bilden sich einzelne lokale Vereine, die als Angestellte der Region arbeiten. (Förster, Ranger, etc.)

700 Regionen – Europa neu gedacht

Jagdwesen, Fischerei

Dasselbe Prinzip gilt für die Jagdwirtschaft und Fischerei, da Wild und Fische der Gemeinschaft gehören und die Aufsicht über die verschiedenen Jagdgebiete von jeweils regionalen Jagdvereinen/Fischereivereinen verwaltet wird.

Jagdwaffen und Fischerboote sind prinzipiell Eigentum der Region. Bürger können jedoch auch Jagdwaffen nach Belieben selbst erwerben, ebenso Fischerboote, wenn diese nicht kommerziell genutzt werden.

Handel

Der Handel mit Agrarprodukten, Lebensmitteln, Jagd- und Fischereiprodukten ist Angelegenheit der Regionen. Die Bauern, Jäger und Fischer sind Mitarbeiter der Region. Erträge aus dem Verkauf von Wild und Fisch als Lebensmittel fließen der Region zu.

RESÜME UND HOFFNUNG

Um eine Union der 700 Regionen zu erschaffen, bedarf es des Willens der Bevölkerung, nicht der Verordnung eines Anführers. Nur so können Revolution, Bürgerkrieg, Gewalt und Schrecken vermieden werden. Die derzeitige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Europas steuern auf einen Punkt zu, der eine Entscheidung zu grundlegender Änderung erzwingen wird.

Dieses Manifest soll eine Leitlinie dafür sein, friedliche Wege und Lösungen zu finden. Es zeigt auf, dass dies möglich ist.

Es ist das Ziel dieser Union der 700 Regionen ein friedliches Gemeinwesen auf Basis der anerkannten Menschenrechte zu schaffen, Frieden statt Krieg zu fördern und vor allem die Urkräfte und Folgen des Kapitalismus, Neid und Gier zu minimieren.

Man muss nicht so blauäugig sein zu glauben, dass Neid und Gier aus der Welt verschwinden werden, aber wenn eine Gemeinschaft auf einer harmonischen Ebene erlebbar wird, wenn niemand hungert, niemand wohnungslos wird und jeder Mensch sich nach seinem persönlichem Streben, seinen Bedürfnissen und seinen Talenten und Veranlagungen entwickeln kann, dann könnte diese Welt eine bessere werden.

Alle Kosten für Ausbildung, Pflege und Betreuung werden von der Gemeinschaft getragen. Von der Wiege bis zum Grabe ein bedingungsloses Grundeinkommen wird so möglich.

Alle Kosten, die derzeit die Wirtschaft mit Politikern und politischen Systemen, politischen Hierarchien und der damit verbundenen unglaublich überbordenden Bürokratie belasten, werden eliminiert mit der Abschaffung politischer Parteien.

Alle Personen der Verwaltung und der öffentlichen Ordnung werden von den Bürgern der Regionen direkt und persönlich gewählt, ohne Umwege über politische Parteien und stets für einen begrenzten Zeitraum und möglichst ohne Wiederwahlmöglichkeit, um dem menschlichen Hang zur Korruption möglichst wenig Raum zu bieten.

Der einzige indirekte hierarchische Zwischenschritt im Wahlsystem entsteht, wenn die Gemeinschaft der Bürgermeister für die Verwaltung der Region ihren Vorsitzenden wählen, oder die Gemeinschaft der Abgeordneten im Parlament der Union ihren Vorsitzenden. Direktwahlen auf dieser Ebene würden die Bürger eher überlasten. Das Vertrauen der Bürger in die gewählten Personen ist diesfalls bereits gegeben durch die Wahl dieser Personen in die erste Ebene als Bürgermeister.

Die Wirtschaftskraft, die Produktivität und vor allem die Rentabilität werden gestärkt, da die Lohnkosten und Lohnnebenkosten sinken. Die enorme Steuerlast, die derzeit unsere Wirtschaft gegenüber manch anderen Gegenden der Welt schwächt, wird minimiert und somit wird unsere Europäische Wirtschaft deutlich konkurrenzfähiger

700 Regionen – Europa neu gedacht

am Weltmarkt. Die enormen Kosten der überbordenden Bürokratie der Europäischen Union werden sich mit der Abschaffung der Parteien minimieren.

Eine gut florierende Wirtschaft und ein gesellschaftlich gerecht gestaltetes System könnten einen Zustrom von Menschen von außerhalb der Union der 700 Regionen fördern. Ein Mangel an Facharbeitskräften, wie derzeit in Europa diskutiert, könnte als Thema verschwinden.

Die Erträge der Wirtschaftsleistung, das BIP Europas, kann ohne Umwege und ohne Bereicherung durch private Kapitalisten und Aktionäre der Bevölkerung direkt zugutekommen und die menschlichen Werte, Respekt und liebevoller Umgang miteinander können in den Mittelpunkt der Gemeinschaft rücken.

Lassen wir doch im nächsten Anlauf zur Gestaltung Europas Aldous Huxleys „schöne neue Welt“ gewinnen und George Orwells Weltkriegs-Szenario von „1984“ in die Geschichtsbücher verbannen.

Der Rest der Welt wird zuerst kritisieren, dann beobachten und dann folgen. Schon Karl Marx hatte berechnet, dass der Kapitalismus zum Scheitern verurteilt sein wird und sein Leben lang darauf gewartet, dass seine Berechnungen Wirklichkeit werden. Er hat weder die Entwicklungen Russlands noch Chinas erleben dürfen, aber die Grundsteine gelegt.

Heute wissen wir, dass es weder einen reinen Kapitalismus ohne Sozialismus geben kann, und dass auch hoffnungsvolle Ideen wie Kommunismus in Angst und Schrecken enden können, wenn man einzelnen totalitären Machthaber und politischen Systemen das Ruder überlässt.

Wir brauchen daher ein neues System, dass die Menschen selbst in den Mittelpunkt stellt. Meine Hoffnung ist, dass die nächste Revolution friedlich wird, ohne Blutvergießen. Ohne dass Menschen auf Menschen schießen, weil sie meinen im Recht zu sein und alles besser zu wissen, oder einfach nur Befehlen folgen.

Dass ich selbst dieses Europa der 700 Regionen noch erleben werde, darf bezweifelt werden, aber es wird kommen. Die Hoffnung lebt.

Johannes Paul Martin Zimmer
Klagenfurt am Wörthersee, 20. März 2026